

MÜNZENMAIERS MAGAZIN

UNZENSIERTE NACHRICHTEN AUS ERSTER HAND!

DIE VERGESSENEN

*Das Ahrtal ein Jahr nach
der Flut: Chronik des Versagens*

GASTBEITRAG VON
RENE SPRINGER

Albtraum Inflation

SANKTIONEN

*Wie die Politik den
eigenen Bürgern schadet*

TEUERUNG OHNE ENDE!

Wie die Inflation uns arm macht

MÜNZENMAIERS MAGAZIN
gibt es jetzt auch digital!

**Unzensierte
Nachrichten
tagesaktuell**



WWW.MUENZENMAIERS-MAGAZIN.DE

Vorwort

Liebe Freunde,

die Sonne lacht über Deutschland – aber nicht nur die Sonne. Während sich viele Bürger bei sommerlichen Temperaturen auf ihren wohlverdienten Urlaub freuen, herrscht an deutschen Flughäfen das pure Chaos und kaum ein Koffer kommt am Ziel an.

Die Bahn ist überfüllt, überlaufen und zu spät und die Autobahnen vom Stau dominiert. Das einst so pünktliche und zuverlässige Deutschland scheint seit längerem der Vergangenheit anzugehören.

Parallel dazu erreicht die Inflation neue Höchststände und eine massive Teuerung belastet sämtliche Lebensbereiche. Spritpreise explodieren, Nahrungsmittelpreise sind extrem gestiegen und die Aussichten auf den kommenden Winter angesichts der vorhersehbaren Gas- und Heizölpreise drücken schon heute aufs Gemüt.

Was macht unsere Bundesregierung? Wo bleiben die Entlastung unserer Bürger und die Rückkehr zur Vernunft?

Statt über echte Probleme diskutiert man lieber über den Malle-Song „Layla“ und regt sich über angebliche politische Inkorrektheit auf.

Liebe Freunde,

Sie merken es schon: es ist schlecht bestellt um unser wunderschönes Land.

Umso wichtiger ist eine starke und selbstbewusste Alternative, die mit konkreten Handlungsvorschlägen punktet und die Altparteien in die Enge treibt!

Lassen Sie uns gemeinsam für diese Alternative kämpfen und tragen Sie Ihren Teil zu unserer Erfolgsgeschichte bei.

Den ersten Schritt haben Sie ja eventuell bereits mit dem Abo dieses Magazins gemacht. Jetzt wird es Zeit, auch weiterhin tatkräftig zur Etablierung einer alternativen Medienwelt beizutragen:

Verbreiten Sie unsere Ideen, teilen Sie Beiträge des Online-Magazins unter muenzenmaiersmagazin.de und anderer alternativer Veröffentlichungen und besuchen Sie möglichst viele Veranstaltungen gemeinsam mit Gleichgesinnten.

Sie werden sehen:

Die beste Zeit der AfD steht noch bevor und es liegt an jedem Einzelnen von uns, diese beste Zeit zu gestalten!

Packen wir's an!

Nun wünsche ich Ihnen bei einem Kaltgetränk auf dem Balkon oder im Urlaub eine angenehme Lektüre des vorliegenden Magazins und eine wunderschöne Sommerzeit!

Herzliche Grüße

Ihr Sebastian Münzenmaier

PS: Trotz Inflation und Preisexplosion müssen Sie sich keine Sorgen machen: „Münzenmaiers Magazin“ bleibt kostenfrei! ;-)



03 Vorwort von Sebastian Münzenmaier

INFLATION



07 Wie die Inflation uns arm macht

12 Gastbeitrag von René Springer

15 Kampagne „Preistreiber stoppen“

16 Das steckt wirklich hinter der Inflation

19 Habecks heimliche Freude über die Knappheit

22 Sanktionen gegen das eigene Volk

26 Satire

POLITIK & HINTERGRÜNDE



31 Das Ahrtal - Ein Jahr nach der Flut

36 Interview mit Martin Kallweit

-
- 39 Zweifel an Eignung von Stephan Harbarth**
 - 42 Layla: Im Visier der Cancel-Culture**
 - 44 Kontrollverlust! Eskalation bei Einbürgerungen**
 - 46 Evaluation: Corona-Maßnahmen wirkungslos**

SONSTIGES



- 48 Filmrezension: Teuro Total**
- 50 Buchrezension: Die Partei und ihr Vorfeld**
- 52 Kampagne: Ein Zehner für Deutschland**
- 54 Kreuzworträtsel**
- 55 Kontakt, Info & Impressum**

MÜNZENMAIERS
MMAGAZIN

TEUERUNG OHNE ENDE!



Wie die Inflation uns arm macht

Seit inzwischen einem Jahr steigt die Inflationsrate beinahe kontinuierlich an. Die Preise von Gütern in sämtlichen Bereichen werden spürbar und sprunghaft teurer – wir merken diesen Umstand ständig, etwa beim Einkauf von Lebensmitteln, beim Tanken oder der Energierechnung.

Was viele nicht wissen: Die zunehmende Armut breiter Bevölkerungsschichten in Deutschland ist größtenteils durch eine verfehlte Politik der Bundesregierung hausgemacht und wird durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine allenfalls verstärkt.

Deswegen hat die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag schon vor einigen Monaten ein Eckpunktepapier gegen die sozialen Folgen der Inflation entwickelt, um den Bürgern unseres Landes massiv unter die Arme zu greifen. Einzig die AfD hat ein klares Konzept auf den Weg gebracht, das langfristig wirksam ist und nicht – wie die Politik der Altparteien – zu kurz gedacht ist.

Seit mittlerweile rund einem Jahr ist ein deutlicher Anstieg der Inflationsrate in Deutschland zu beobachten. Lag sie im Juni 2021 laut dem renommierten Statistik-Portal „Statista“ noch bei lediglich 2,3 Prozent, stieg sie bis zum Dezember des Vorjahres auf 5,3 Prozent an. Im Mai 2022 nahm die Teuerungsrate dann einen Wert von 7,9 Prozent an. Damit wurde eine Inflationsrate erreicht, die es im wiedervereinigten Deutschland noch nie gegeben hat. Experten schätzen, dass die 8-Prozent-Marke schon bald überschritten werden dürfte.

Bei einer Inflation verliert das Geld durch ein allgemein steigendes Preisniveau an Wert, sodass sich die Bürger im Gesamten weniger leisten können. Auch für Sparer gestaltet sich diese Tatsache als Problem, da mit dem zurückgelegten Geld von Monat zu Monat weniger erworben werden kann. Das Einkommen schmilzt regelrecht.

Die aktuelle Inflation führt schlussendlich dazu, dass alles deutlich teurer wird und viele Bürger nicht mehr wissen, wie sie ihren Alltag bestreiten sollen. Im Folgenden sollen einige Beispiele für Güter und Produkte aufgezeigt werden, die im Mai 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat eine deutliche Teuerung erfuhr.

Beispiele für massive Verteuerungen als Folge der Inflation

Zu nennen ist hier an der Spitze das Flüssiggas, das sich im genannten Zeitraum um gigantische 113 Prozent verteuerte. Auch die Preise für leichtes Heizöl verdoppelten sich fast (Zuwachs um 94,8 Prozent). Zudem wurden die Kosten für Sprit dramatisch teurer: Superbenzin erfuhr eine Preissteigerung um 36,7 Prozent, Diesel sogar um 52,7 Prozent. Der hoch angepriesene Tankrabatt der Bundesregierung verpuffte hingegen beinahe komplett und war nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.



**Lebensmittel werden teurer:
Bei vielen Deutschen bleibt
womöglich bald der ein oder
andere Teller leer.**

Weiterhin verteuerten sich viele Lebensmittel teilweise massiv. So wurde beispielsweise Rapsöl bezogen auf den Mai 2021 um 65,2 Prozent teurer, Butter um etwa 43 Prozent.

Außerdem waren Grundnahrungsmittel wie Reis (+11,4 Prozent), Kartoffeln (+13,3 Prozent) und Nudeln (+33,2 Prozent) betroffen. Hinzu kamen Teuerungen bei Margarine (+26,7 Prozent), Tomaten (+25,9 Prozent) und Eiern (+24,7 Prozent), aber auch bei Olivenöl (+14,8 Prozent) und Bohnenkaffee (+14,2 Prozent). Selbst Schnittkäse (+16,5 Prozent) und Toastbrot (+14,5 Prozent) wurden von den Preissteigerungen nicht verschont.

Dieser Umstand trägt wohl auch maßgeblich dazu bei, dass inzwischen einer Umfrage des Instituts INSA zufolge 16 Prozent der Deutschen auf reguläre Mahlzeiten verzichten. Bei einem Netto-Einkommen von unter 1000 Euro kann sich demzufolge offenbar sogar jeder Dritte eine solche Mahlzeit nicht mehr leisten. In der Umfrage äußerten weitere 13 Prozent der Befragten, einen zukünftigen Essensverzicht bei gleichbleibender Entwicklung für möglich zu erachten, während über 40 Prozent nur noch in günstigeren Supermärkten einkaufen. Ein Beleg dafür, wie die Inflation große Teile der Bevölkerung wirtschaftlich bedroht.

Dramatisch muten ferner die Kostenentwicklungen bei Erdgas (+37,0 Prozent), Brennholz (+36,2 Prozent) und Strom (+21,5 Prozent) an, besonders im Hinblick auf einen möglicherweise frostigen Winter. Doch auch für nicht täglich benötigte Dienstleistungen, Freizeitaktivitäten und Sonstiges mussten die Konsumenten im Mai 2022 im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres deutlich mehr Geld auf den Tisch legen.

So wurden zum Beispiel die Arbeiten von Elektrikern um 14,7 Prozent, von Tischlern um 16,5 Prozent und von Malern und Tapezieren um 10,7 Prozent teurer. Daran lässt sich zum einen ablesen, dass die steigenden Kosten meist an die Kunden abgegeben werden und zum anderen, dass eine explodierende Inflation häufig eine Spirale in Gang setzt, die bei ausbleibenden oder falschen politischen Maßnahmen kaum mehr aufzuhalten scheint.

Nicht vergessen werden sollten in dem Zusammenhang steigende Preise bei Eintrittskarten für Kinos (+6,1 Prozent) und Museen (+3,2 Prozent) sowie Kostenanstiege bei Hunde- oder Katzenfutter (+10,1 Prozent), Kindersportbekleidung (+9,3 Prozent) und Zigaretten (+4,3 Prozent).

Ukraine-Krieg verschärft die Situation, ist aber bei weitem nicht die Hauptursache der aktuellen Inflationsrate

Doch auch wenn neben führenden Politikern ebenso zahlreiche Medienvertreter regelmäßig suggerieren, dass der Russland-Ukraine-Krieg und damit im Prinzip der russische Präsident Wladimir Putin die Hauptverantwortung für die anwachsende Inflation in Deutschland tragen würde, sind zahlreiche Entwicklungen, die zu der aktuellen Situation geführt haben, schon lange absehbar und vor allem durch die deutsche Bundesregierung maßgeblich mitverschuldet.



Besonders die Heizkosten sind enorm gestiegen und könnten noch weiter explodieren. Wenn die Nebenkostenabrechnungen kommen, wird es für viele Haushalte dramatisch!

In einem Talkformat der AfD-Bundestagsfraktion wies der Bundestagsabgeordnete und Sprecher für Arbeit und Soziales, René Springer, in dem Zusammenhang darauf hin, dass die Inflationsrate schon vor dem Krieg deutlich auf etwa fünf Prozent angewachsen war und die Energiepreise im Januar 2022 um 57 Prozent teurer waren als im Vorjahr.

Der 42-Jährige warf den politischen Entscheidungsträgern ferner vor, „vom eigenen politischen Versagen abzulenken“. Ernüchtert hielt der AfD-Bundestagsabgeordnete Bernd Schattner in einer Bundestagsrede fest: *„Diese Regierung ist nicht in der Lage, Deutschland mit annehmbaren Preisen für Energie und Lebensmittel zu versorgen. Sie als Regierung haben in dieser Position auf ganzer Linie versagt.“*

Faktor 1: EZB-Geldpolitik

Als viel gravierendere Gründe der explodierenden Preise, so Springer weiter, gelten die jahrelange Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und fehlgeleitetes Geldddrucken. Dadurch sei die Geldmenge stark angewachsen, während die Gütermenge gleich blieb.

Durch diese Politik sei das Geld entwertet worden, erklärte der AfD-Politiker. Dass dieses Geldddrucken die Inflation enorm fördert, wurde allerdings im politischen Diskurs in den vergangenen Jahren weitestgehend totgeschwiegen. Selbst als die Inflationsrate dann spürbar anstieg, verließ sich die EZB unter Christine Lagarde auf absurde Inflationsprognosen und verschlief eingreifende Maßnahmen völlig.

Faktor 2: Unnötige Steuern wie die CO₂-Abgabe

Genauso trug die ideologiegeladene Einführung der CO₂-Steuer in Deutschland enorm zum aktuellen Preisanstieg bei. Diese Steuer verteuert etwa den Sprit, weil viele Kraftstoff-erzeuger die zusätzlich entstandenen Kosten an die Kunden weitergeben.

Dies stellt eine unnötige Belastung der Bürger – besonders in Krisenzeiten – dar, auf die die Bundesregierung (wohl aus Gründen des vermeintlichen Klimaschutzes) noch immer nicht reagiert.

Doch es darf weiterhin die Vermutung an- gestellt werden, dass die Ampel auch aus eigenen staatlichen Interessen die negativen Folgen der CO₂-Steuer wohl lieber unter den Teppich kehrt. Denn der Staat verdient an den höheren Benzinpreisen ordentlich mit. Dies ist darauf zurückzuführen, dass höhere Preise aufgrund der Mehrwertsteuer höhere staatliche Einnahmen mit sich bringen.

Deshalb steht der berechtigte Vorwurf im Raum, dass sich der Staat auf diesem Wege die Taschen vollstopft, während sich für viele Deutsche gleichzeitig das Finanzieren des Lebensunterhalts schwierig gestaltet. Dieser Umstand bezieht sich auf sämtliche Kosten, für die eine Mehrwertsteuer oder weitere Steuern geleistet werden müssen.

Faktor 3: Corona-Maßnahmen

Als weitere Ursache der Inflation sind die Konsequenzen der lang anhaltenden Corona-Maßnahmen zu nennen, in deren Folge beispielsweise Lieferketten gestört und die Geldmärkte durch die EZB abermals geflutet wurden.

Dass die völlig verfehlte Corona-Politik der beiden Bundesregierungen seit 2020 zu einer steigenden Inflation führen würde, wurde schon lange prognostiziert. Nun ist es eingetreten.

Faktor 4: Vergrößern der Staatsschulden

Des Weiteren erklärte Robert Farle, Abgeordneter der AfD im Deutschen Bundestag, in einer Rede im Plenum, dass die „exorbitante Schuldenmacherei“ der beiden Koalitionen einen relevanten Faktor für die Problematik darstelle.

Bei Berücksichtigung all dieser falschen politischen Entscheidungen wird deutlich, dass die meisten Ursachen der Preisexplosionen in sämtlichen Bereichen hausgemacht sind und sowohl die Ampel als auch die Vorgängerregierung nicht in der Lage sind bzw. waren, einer solchen Krise vorzubeugen oder zumindest angemessen auf diese zu reagieren. In dem Kontext zeigte René Springer zum Beispiel auf, dass insbesondere die Rentner unseres Landes vergessen werden und vielen von ihnen wegen der Inflation die Altersarmut droht.

Bundesregierung verfolgt grundsätzlich falschen Ansatz

Dass die Bundesregierung sogar ganz grundsätzlich einen völlig falschen Ansatz verfolgt, zeigt u.a. das jüngste Beispiel zur Bekämpfung der Folgen der explodierenden Energie- und Lebensmittelpreise. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) machte sich in dem Kontext für eine steuerfreie Einmalzahlung durch die Arbeitgeber stark. In einer Pressemitteilung reagierte der Fraktionsvorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Tino Chrupalla, darauf mit wenig Verständnis, indem er folgendes konstatierte: *„Einmalzahlungen und Zuschüsse aus Steuermitteln mit der Gießkanne helfen nicht gegen die Ursachen der Inflationsspirale. Der Staat hat sich nicht in die Tarifautonomie einzumischen, sondern sicherzustellen, dass die Bürger von ihrem Einkommen auskömmlich leben können.“*

Vielmehr müsse zuerst die viel zu große Abgaben- und Steuerlast auf Energie, Lebensmittel und Kraftstoffe deutlich zurückgefahren werden.

Aus ökonomischer Sicht sind besonders Steuersenkungen ein probates Mittel gegen eine Inflation, die auszufern droht, da sie die Kaufkraft der Bürger stärken, ohne noch mehr Geld in den Markt zu pumpen. Ausbleibende Steuereinnahmen könnten dann durch deutliche Einsparungen bei Staatsausgaben in den Bereichen Außen-, Entwicklungs-, EU-, Migrations- und Klimapolitik kompensiert werden.

Vieles deutet jedoch darauf hin, dass eine bürgerfreundliche Politik von den Altparteien augenscheinlich nicht erwünscht ist, da etwa die Verteuerung von Energie durch politische Maßnahmen noch forciert wurde, um angeblich moralische Ziele wie die „Klimaretterung“ oder die ideologische Energiewende zu erreichen.

AfD-Eckpunktepapier, um die sozialen Folgen der Inflation abzufedern

Um die sozialen Folgen der Inflation besonders für den Mittelstand und ärmere Menschen abzufedern, entwickelte die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag bereits im März ein Eckpunktepapier.

Darin wird beispielsweise die sofortige Abschaffung der CO₂-Steuer gefordert. Das würde Energie direkt günstiger machen und den sozial Schwachen helfen. Zusätzlich heißt es im Papier: *„Ebenso ist die Mehrwertsteuer für Treibstoffe (Benzin, Diesel) zeitlich befristet auf null Prozent zu ermäßigen.“* Die AfD-Fraktion setzt sich diesbezüglich auch dafür ein, dass das Besteuern von Steuern etwa bei Benzin beendet wird.

Eine weitere Forderung der AfD bezieht sich auf die Mehrwertsteuer für Energie (Strom, Gas, Heizöl, Fernwärme, Kohle). Diese soll, wenn es nach den Vorstellungen der Bürgerpartei geht, zeitlich befristet ausgesetzt werden. Des Weiteren hat die rechts-konservative Partei die Folgen der Inflation auf die Preise von Grundnahrungsmitteln im Blick, da sie die Mehrwertsteuer auf diese temporär von sieben auf null Prozent senken möchte.

Außerdem soll die EZB *„ihrem Mandat der Geldwertstabilität wieder Rechnung tragen“* müssen, das zumindest fordert die Alternative im Eckpunktepapier wörtlich. Die EZB solle – so die Bürgerpartei weiter – wieder zu einer Geldpolitik zurückkehren, die sich ausnahmslos auf die Ziele des europäischen Rechts beziehe, wozu ein wirtschafts- und fiskalpolitisches Mandat nicht gehöre.

Eine weitere Forderung der AfD sieht eine „eine sofortige Anhebung des Grundfreibetrages auf 12.600 EUR pro Jahr“ vor, um einer möglichen Lohn-Preis-Spirale präventiv vorzuzukommen. Zudem sollen sowohl die Regelsätze in der Grundsicherung als auch der Mindestlohn an die Inflation angepasst werden.

Abgerundet wird das AfD-Eckpunktepapier durch die Aufforderung an die Bundesregierung, dass diese den Sparer-Pauschbetrag und die Entfernungspauschale für Arbeitnehmer erhöhen sowie die Grunderwerbsteuer auf selbstgenutzte Wohnimmobilien streichen solle.

Fazit:

Die größtenteils durch die aktuelle und die vergangene Bundesregierung hausgemachte Inflation treibt die deutschen Bürger mehr und mehr in finanzielle Nöte und Armut. Statt angemessen zu reagieren, verschärft die Ampel durch Untätigkeit und falsche Ansätze die Lage der Menschen noch.

Einzig die AfD zeigt in dem hier dargestellten Eckpunktepapier, wie durch Steuererleichterungen und gleichzeitiges Streichen von Ausgaben die Krise überwunden werden kann. Nur die Bürgerpartei verfügt über ein wirksames und effektives Konzept, um die Bürger zu unterstützen!

Äpfel fallen vom Himmel. Hohe Preise nicht.

Energiewende,
Euro, Lockdown:
Die Inflation ist
hausgemacht.



STOPPT

**DIE PREIS,-
TREIBER!**

AfD



Keine staatliche Maßnahme ist unsozialer als die Inflation

Selbst großflächige Enteignungen führen nicht zu derart desaströsen Ergebnissen, da nach der Enteignung – zumindest theoretisch – die Vermögensgüter allen gehören. Inflation schlägt hingegen am stärksten bei den sozial Schwachen zu. Sie ist im Grunde eine am Parlament vorbei beschlossene Sondersteuer, die in erster Linie Nicht-Wohlhabende zu zahlen haben.

Reiche sind von der Inflation aufgrund ihres zumeist inflationssicher aufgestellten Vermögens (Immobilien, Unternehmensbeteiligungen) weniger betroffen.

Größter Nutznießer ist allerdings der Staat, der dadurch einerseits höhere Steuereinnahmen kassiert und sich andererseits elegant seiner Schulden entledigt.

In Deutschland hat man vor ziemlich genau 100 Jahren schlimme Erfahrungen mit der Geldentwertung gemacht und daraus den Schluss gezogen, dass die Aufrechterhaltung der Preisstabilität eine der wichtigsten Staatsaufgaben sein muss.

Mit der stabilitätsorientierten Politik der Bundesbank ist man auch jahrzehntelang auf einem guten Weg gewesen – bis die Europäische Zentralbank (EZB) das Kommando übernommen hat.

Heute beschert uns die EZB Inflation durch eine noch nie dagewesene Ausweitung der Geldmenge bei gleichzeitigen Nullzinsen, während sie umgekehrt die ihr als Hauptaufgabe zugewiesene Preisstabilität komplett aus den Augen verloren hat. Wichtiger sind ihr die Durchsetzung „grüner“ Politik und die Stabilisierung der knapp vor dem Bankrott stehenden Staaten Südeuropas.

Deutschland leidet in besonderer Weise unter der Inflation. Während nämlich Bürger des europäischen Südens seit langem das Vertrauen in die nationalen Notenbanken verloren haben und zu Selbstschutzmaßnahmen greifen – etwa durch Erwerb von Immobilien – ist man hierzulande blauäugig in die Falle getappt.

Millionen Bürger haben ihr Vermögen in vermeintlich sicheren sogenannten Garantierprodukten angelegt, in Sparbüchern, Staatsanleihen oder Lebensversicherungen.

Aufgrund der hohen Inflation und den künstlich niedrig gehaltenen Zinsen ist bereits heute abzusehen, dass diese Garantierprodukte am Ende ihrer Laufzeit stark entwertet sein werden.

Der deutsche Sparer, der im Vertrauen auf einen die Preisstabilität garantierenden Staat derartige Produkte zur Altersabsicherung gekauft hat, steht in Zukunft buchstäblich vor dem Nichts.

Besonders provokant ist dabei die Forderung der EZB, die reichen Nordländer müssten jetzt über diverse Transfermechanismen Gelder in den Süden schicken, um den Bestand des Euro zu sichern.

Dabei wird nämlich übersehen, dass zwar der Staat Deutschland tatsächlich reicher ist als der Staat Italien. Bei den Bürgern dieser Staaten sieht die Sache aber komplett anders aus.

Das Medianvermögen eines Italieners ist fast doppelt so hoch wie das eines Deutschen. In dieser verkehrten Welt finanziert also die deutsche alleinerziehende Edeka-Verkäuferin mit ihrer Steuerlast die Staatsausgaben von Italien, dessen Bürger im Schnitt (genauer: im Median) doppelt so reich sind. Gleichzeitig verliert sie durch die Inflation ihr Ersparnis. Um das gerecht zu finden, muss man wohl bei der EZB arbeiten.

Um die Inflation wirksam zu bekämpfen schlägt die AfD-Fraktion im Bundestag eine Doppelstrategie vor. Einerseits müssen die Inflationsursachen beseitigt werden, insbesondere das unselige Geldddrucken und die Nullzinspolitik der EZB.

Auch die Embargopolitik gegen Russland gehört auf den Prüfstand, da sie eine künstliche Angebotsverknappung herbeiführt, die wiederum die Inflation befeuert. Andererseits müssen die sozialen Folgen der Inflation abgefedert werden.

Dazu gehören eine massive Steuersenkung, insbesondere die Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Energie, Treibstoffe und Grundnahrungsmittel. Die CO₂-Abgabe muss dringend gestrichen werden, ebenso die EEG-Umlage, die von der Bundesregierung in einem Tuschenspielertrick von den Verbrauchern zum Steuerzahler verschoben wurde.

Die Erhöhung des steuerlichen Existenzminimums gehört ebenso in diesen Forderungskatalog wie die Abschaffung der GEZ-Zwangsgebühren. Insgesamt bliebe dem Bürger dadurch mehr Netto vom Brutto, so dass die gestiegenen Preise leichter zu ertragen sind.

Man muss sich aber auch ehrlich machen: Alle Steuer- und Gebührensenkungen werden die Inflation höchstens abmildern. Denn ein wesentliches Kernproblem wird auch das nicht beseitigen können. Dieses lautet:

Mit Ausnahme der AfD sind sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien der Ansicht, dass das Vorgehen der EZB im Grunde vernünftig und gut ist.

Dabei hat uns diese Politik geradewegs in die Inflation geführt. Die dringend gebotene Kehrtwende in der Geldpolitik wird nur zu erreichen sein, wenn dies auch die Mehrheit der Wähler will und somit den Bundestag zur Umkehr zwingt. Vielleicht erfolgt ein Umdenken dann im kommenden Winter, den viele Haushalte im schlimmsten Fall ohne Strom und Heizung werden durchstehen müssen.



René Springer wurde 1979 in Ost-Berlin geboren und ist seit 2017 Abgeordneter der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag.

Im Mai 2020 wurde er von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zum Sprecher für Arbeit und Soziales gewählt.

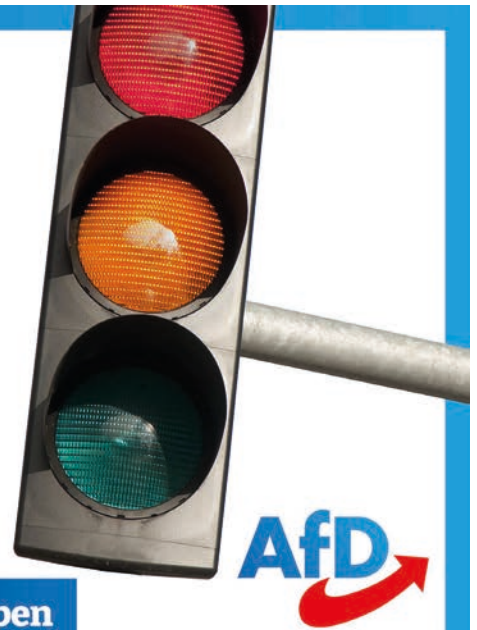
Nicht jede Ampel schützt vor einem Crash.

**STOPPT
DIE PREIS-
TREIBER!**

Inflation kann man stoppen:

- Steuern auf Dauer runter.
- Sichere Energieversorgung.
- Vernünftige Geldpolitik.

www.afd.de/preistreiber-stoppen



Bürger und Unternehmen leiden unter den höchsten Preissteigerungen seit 70 Jahren! Das ist das Ergebnis der Politik von CDU/CSU, FDP, SPD & Grünen. Jetzt muss umgesteuert werden.

Unser Sofortprogramm gegen die Preisexplosion:

- ▶ Steuern auf Strom, Sprit, Gas und Heizöl sofort senken
- ▶ Mehrwertsteuer auf Strom, Gas, Heizöl und Kraftstoffe vorübergehend auf 0%
- ▶ CO₂-Abgabe und Energiesteuer abschaffen
- ▶ Deutschlands Versorgungssicherheit ins Grundgesetz
- ▶ Grundsicherung & Mindestlohn an Inflation koppeln

**STOPPT
DIE PREIS-
TREIBER!**

Bitte unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende. Online unter www.afd.de/spenden oder ganz einfach per Überweisung:

Spendenkonto (Empfänger: Alternative für Deutschland):
Berliner Volksbank e. G.
IBAN: DE94 1009 0000 2661 2620 20
BIC: BEVODEBB

UNSER PROGRAMM GEGEN INFLATION.

Die Preistreiber stoppen. Jetzt!



DAS STECKT WIRKLICH HINTER DER INFLATION



Die Folgen der Inflation treffen die Bürger unseres Landes hart. Viele schlittern geradewegs in die Verarmung. Die politischen Entscheidungsträger Deutschlands verweisen in dem Zusammenhang gerne auf den Ukraine-Krieg, um vom eigenen Versagen abzulenken. Doch maßgebliche Ursachen der jetzt spürbaren Inflation sind auch massives Gelddrucken und die jahrelange Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Die AfD fordert schon lange ein grundsätzliches Umdenken in puncto Geldpolitik.

EZB: Massives Gelddrucken und falsche Inflationsprognosen

Dass das Pumpen von immer größeren Geldmengen in den Markt die Inflation begünstigt und nicht zuletzt zum Verlust der Kaufkraft der Bürger führt, lernen Schüler im Wirtschafts- oder Geschichtsunterricht. Nichtsdestotrotz verfolgt die Europäische Zentralbank seit der Finanzkrise 2008/09 genau diese Politik, um Euro-Schuldenstaaten wie Griechenland, Italien, Portugal oder Spanien über Wasser zu halten.

Besonders als Folge der Corona-Maßnahmen, die die Volkswirtschaften der Euro-Zone weitestgehend lahmlegten, druckte die EZB massig Geld. Konkrete, wirksame Maßnahmen, um auf die erneut drohende und inzwischen existente Finanzkrise angemessen zu reagieren, wurden durch die Behörde der Europäischen Union mit Sitz in Frankfurt am Main vollkommen verschlafen. Selbst als die Inflation bereits spürbar anstieg vertraute EZB-Präsidentin Christine Lagarde auf absurde Inflationsprognosen. So verlautbarte die EU-Behörde im vergangenen Mai: *„Wir glauben, dass die Inflation im Laufe dieses Jahres zurückgehen und im nächsten und übernächsten Jahr viel niedriger sein wird als in diesem Jahr.“*

Aufgrund dessen steht Lagarde inzwischen immer deutlicher in der Kritik. Ökonom Thomas Mayer etwa sah die EZB-Chefin laut einer großen deutschen Tageszeitung in den letzten Jahren in einer Märchenwelt: *„Statt sich um die steigende Inflation zu kümmern, hat sie lieber von der grünen Transformation der Wirtschaft geträumt oder über Gender-Gerechtigkeit gesprochen.“*

Glaser: EZB mit primärem Ziel, die romanischen Länder der EU zu retten

In einer Rede am 19. Mai 2022 erklärte der AfD-Bundestagsabgeordnete Albrecht Glaser das „Ausmaß an Realitätsverweigerung“ der EZB mit dem hohen Einfluss der romanischen Staaten auf den EZB-Rat:

„Das einzige Interesse dieser Mehrheit und ihrer Präsidentin ist, die überschuldeten romanischen Länder vor Staatskonkursen zu bewahren.“

Und weiter begründete der AfD-Mann dies damit, dass die Staatsschulden der Südländer bei einer höheren Inflation und niedrigen Zinsen schneller schmelzen sollen. In der Folge rechnete Glaser das Ausmaß der EZB-Geldpolitik vor. Demnach habe sich der Bestand an Zentralbankgeld von 2008 bis Ende 2021 versiebenfacht – von 880 Milliarden auf 6 Billionen Euro. Die Problematik dieser Politik besteht dem AfD-Politiker zufolge zum einen darin, dass sie Staaten zum weiteren Schuldenmachen anregt und zum anderen, dass *„die Finanzierung des Staatshaushaltes durch die Notenpresse, abgekoppelt von der realen Güterproduktion, in der Geschichte der Menschheit immer zu Staatskrisen geführt [hat].“*

Doch auch für Sparer sind die Konsequenzen der Nullzins- bzw. Niedrigzinspolitik deutlich spürbar. Denn sie bekommen für Anleihen oder Bankeinlagen im Prinzip keine Zinsen mehr.

AfD-Finanzexperte Gottschalk beklagt deutliche Nachteile deutscher Steuerzahler

Im Kontext der grundsätzlich fehlgeleiteten EZB-Geldpolitik warnte der finanzpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Kay Gottschalk, in einer Bundestagsrede Ende Juni vor einer zweiten Euro-Krise.

Außerdem wies er auf einen Umstand hin, der ebenfalls mit dem Ziel der Rettung der hoch verschuldeten Südstaaten zusammenhängt: *„(...) Wenn wir bei Italien und Griechenland ehrlich sind, ohne die Steuergelder von Ihnen [den anwesenden Zuschauern im Plenarsaal, Anm. d. Red.] wären diese Länder schon pleite. (...) Wenn die EZB zulasten von Ihnen nicht mehr als 2 Billionen Staatstitel aufgekauft hätte, dann wäre es dort morgen schon aus.“*

Mutmaßlich durch die EZB einkalkuliert und von den deutschen Verantwortlichen mitgetragen, schwingt sich Deutschland also mal wieder auf, die halbe Welt finanziell zu beglücken. Deutsche Steuerzahler und Sparer finanzieren durch die Nullzinspolitik auch in der Krise mit ihren Ersparnissen die südlichen Euro-Staaten, was durchaus als Enteignung beurteilt werden könnte. Dass viele Deutsche aufgrund der Inflation die alltäglichen Lebenshaltungskosten nicht mehr stemmen können, haben Altparteipolitiker wie Finanzminister Christian Lindner (FDP) wohl überhaupt nicht auf dem Schirm.

Weidel für Rückkehr zu einer Politik der Geldwertstabilität

In verschiedenen Pressemitteilungen brachte es auch die AfD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Alice Weidel, auf den Punkt.

Zunächst forderte sie im Namen der AfD-Fraktion ein Ende *„der Politik des billigen Geldes“*, um das drohende Verarmen vieler Bürger zu verhindern. *„Deutschland darf den Weg in den EU-Schuldensozialismus nicht weiter mitgehen – und muss Szenarien für einen Ausstieg aus dem Inflations-Euro entwickeln“*, erklärte die 43-Jährige im April.

Bei dem Ausstiegsprogramm aus dem Euro sei darauf zu achten, dass ehrliche Sparer und gesunde Unternehmen geschont werden und nicht unter die Räder kommen.

Ferner verlangte die Bundessprecherin der Partei kürzlich von der Bundesregierung, dass diese die EZB dazu bewegen solle, *„den politischen Missbrauch der Geldpolitik zur verbotenen Monetarisierung von Staatsschulden unverzüglich [abzustellen] und zu einer Politik der Geldwertstabilität mit einem realistischen Zinsniveau [zurückzukehren].“*

Letzteres forderte die AfD-Bundestagsfraktion schon im März in einem Eckpunkte-Papier ein, um die sozialen Folgen der Inflation abzumildern.

AfD für deutliches Anheben der Leitzinsen und gegen eine ideologische Wirtschaftspolitik

Des Weiteren setzt sich die AfD schon länger dafür ein, die EZB-Nullzinspolitik zu beenden. Durch die eingeleitete Zinswende der US-Notenbank Fed in den vergangenen Monaten wurde die EZB noch mehr unter Druck gesetzt.

Nun ist der Leitzins der EU-Behörde erst um 0,25 und am 21. Juli tatsächlich um 0,5 Prozentpunkte gestiegen.

Doch dies dürfte nicht mehr als der symbolische Tropfen auf den heißen Stein sein, wie auch AfD-Bundessprecherin Weidel schon bei der ersten Anhebung kundtat:

„Für Sparer, Rentner und die Mittelschicht in Deutschland ist das zu wenig und kommt zu spät, um der rapiden Verarmung durch eine aus dem Ruder gelaufene Inflation entgegenzutreten.“

Zur Bekämpfung der Inflation gehöre, so die 43-Jährige in einem Pressestatement weiter, vielmehr u.a. das deutliche Anheben der Leitzinsen und dass die EZB in Zukunft nicht mehr als *„als Instrument dirigistischer ‚Klimaschutz‘-Politik“* missbraucht werde. Diese umfassende Kurskorrektur sieht die AfD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag als dringend geboten an.

Weitere Forderungen der rechts-konservativen Partei hinsichtlich der EZB-Geldpolitik finden sich weiterhin im Wahlprogramm der Alternative für Deutschland zur Bundestagswahl 2021.

Darin heißt es, dass das Recht wieder in den Mittelpunkt rücken solle. Demnach seien beispielsweise alle Maßnahmen der EZB, die auf eine Manipulation des freien Kapitalmarkts abzielen, unverzüglich zu beenden. Außerdem habe sich die Behörde auf *„reine Geldpolitik“* zu beschränken.

Die Bürgerpartei setzt sich neben den bereits genannten Maßnahmen zusätzlich gegen eine *„heimliche und hoch ideologische Wirtschaftspolitik über ‚Green Deal‘ und Anleihekäufe“* ein.

Ende Juni brachte die Alternative im Deutschen Bundestag ferner zwei Anträge zur Geldpolitik der EZB ein, um das Bargeld zu schützen sowie einen zentralen Digitaleuro zu verhindern.

Damit versucht die AfD, die Privatsphäre und Freiheiten der Bürger zu schützen, da mit dem digitalen Euro eine stärkere, beinahe grenzenlose Überwachung der Verbraucher durch die EZB droht.

Während die Europäische Zentralbank also über Jahre durch massives Gelddrucken und eine Nullzinspolitik, u.a. um die EU-Südstaaten (auf Kosten Deutschlands) zu retten, die Inflation angeheizt hat, verarmen immer mehr Sparer als Folge dieser Geldpolitik. Die AfD stellt sich dem entgegen, um die Verbraucher zu schützen.

Wie dargelegt, brachte die bürgernahe Partei in dem Zusammenhang in den letzten Monaten und Jahren viele ökonomisch sinnvolle Beiträge und Forderungen ein, die dafür sorgen würden, dass deutsche Sparer und Rentner mehr von ihrem Erwirtschafteten behalten könnten.

Doch die Interessen der EZB und ihrer Präsidentin Lagarde liegen wohl woanders.



HABECKS HEIMLICHE FREUDE ÜBER DIE KNAPPHEIT

Bundeswirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck (Grüne) hat das Ziel, unter allen Umständen die Energiewende hin zu den sogenannten erneuerbaren Energien zu vollziehen. Die Motive sind wohl ideologischer Natur, da beispielsweise Kernkraft ein effizienterer Energielieferant wäre und die Versorgungssicherheit Deutschlands dadurch, dank eines breiteren Energiemix, besser sicherstellen könnte. Doch es hat den Anschein, als sehe Habeck in Zeiten der Krise und der Energieknappheit die Chance gekommen, die von ihm gewünschte Transformation umzusetzen.

Der Krieg in der Ukraine hat die Lage der Energieversorgungssicherheit Deutschlands deutlich verschärft. Der überstürzte Atomausstieg 2011, der Verzicht auf Kohlekraftwerke und das Begeben in russische Abhängigkeit könnten nun dafür sorgen, dass viele Bürger im Winter frieren müssen.

Habeck will die Energiewende gnadenlos durchziehen

Doch Wirtschaftsminister Habeck hat einen Plan: Die Energiewende soll vollendet und der Ausbau erneuerbarer Energien noch schneller vorangetrieben werden. Dazu wurde entsprechend der Vorstellungen des Grünen-Politikers am 7. Juli ein Gesetzbündel durch den Deutschen Bundestag verabschiedet, das beabsichtigt, dass bis 2030 mindestens 80 Prozent des erzeugten Stroms am Stromverbrauch aus erneuerbaren Energien stammen sollen. Dazu sollen zwei Prozent aller Landflächen Deutschlands für Windräder beansprucht werden, was mehr als eine Verdoppelung darstellt. Besonders bizarr: Die Energieerzeugung durch Wind, Sonne und Wasser wurde in den Beschlüssen so betitelt, dass sie „im überragenden öffentlichen Interesse“ liege.

Bereits vor einigen Monaten stellte der 52-Jährige das Vorantreiben der erneuerbaren Energien als Problemlösung in der heiklen Energiefrage dar. Zu vermuten ist, dass die gewünschte Transformation für den vermeintlichen „Klimaschutz“ unter dem Deckmantel des Krieges in den Augen Habecks leichter durchsetzbar und begründbar ist. Schließlich möchte sich Deutschland unabhängiger von russischen Gaslieferungen machen.

Sture Ablehnung von Kernkraft kann nur ideologisch motiviert sein

Doch dass der grüne Wirtschaftsminister hierfür Kernenergie noch immer vehement ablehnt, kann nur ideologisch motiviert sein. Mit den Worten „zur Atomenergie ist nicht mehr viel zu sagen“ verweigerte sich der 52-Jährige im Juni jeder Debatte und ergänzte, dass dieses Thema zu Beginn der Legislaturperiode „ideologiefrei fachlich“ geprüft worden sei. Habeck weiter: „Das ist aus den Fachministerien heraus entschieden – und politisch auch. Das ist kein Weg, den Deutschland weiter gehen wird.“

Das ist besonders interessant, so man bedenkt, dass das EU-Parlament kürzlich Atomkraft als klimafreundlich und nachhaltig einstufte. Auch von Experten beispielsweise aus der Wirtschaft kam immer wieder Kritik an dem Vorhaben, am Atomausstieg festzuhalten. So sagte etwa der ehemalige Präsident des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn: „Man kann nicht gleichzeitig aus der Kohle und der Atomenergie aussteigen und dann zusätzlich noch mit dem Umstieg auf Elektroautos den Stromverbrauch massiv erhöhen.“ Deutschland werde seine Klimaziele ohne Atomkraft nicht erreichen.



Kernkraft wird von Robert Habeck weiter kategorisch abgelehnt

Zusätzlich äußerte sich der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Leif-Erik Holm, in einer Pressemitteilung vom 7. Juli zu dem Sachverhalt: „Wenn die Ampel wirklich alles unternehmen will, was notwendig ist, um einen Zusammenbruch der Gasversorgung zu verhindern, dann führt am Einsatz von Kernenergie kein Weg vorbei.“

Diese Forderung brachte die AfD immer wieder im Deutschen Bundestag ein. Sollte der Grünen-Politiker nicht darauf eingehen, handele es sich bei seinen Versprechungen, die Gasversorgung sicherzustellen, nur um heiße Luft, wodurch aber im Winter keine Wohnungen warm würden, so Holm in aller Deutlichkeit.

Und dennoch beharrt Habeck verbohrt auf seinem Standpunkt, weiterhin nicht auf die CO₂-arme Technologie zu setzen. Vielmehr verhöhnt der Vizekanzler gewissermaßen die durch die Folgen der Inflation arg gebeutelten Bürger, indem er ihnen Spar- und Duschtipps für den Alltag überbringt.

Habecks Moralappelle verhöhnern die tatsächlichen Sorgen der Bürger

Natürlich darf bei solchen Hinweisen eines Grünen-Politikers ein Appell an die Moral nicht fehlen. So verlautbarte der gebürtige Lübecker im Juni: „Wer Energie spart, hilft, dass Deutschland unabhängiger von russischen Importen wird und tut was fürs Klima.“

Dass sich Habeck den Auswirkungen der gestiegenen Energiekosten für die Verbraucher nicht bewusst ist, zeigt neben diesem Zitat ebenso die folgende Umfrage des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW).

Dieser zufolge sparten in den vergangenen Monaten bereits 77 Prozent der Befragten bewusst Energie, allerdings nur etwa jeder Fünfte aus Klimaschutzgründen und lediglich jeder Zwanzigste aufgrund des Ukraine-Krieges. Stattdessen gaben ca. zwei Drittel der Umfrageteilnehmer an, ihr Hauptgrund für das Sparen seien die gestiegenen Kosten.

Doch der Wirtschaftsminister kann diese Begründung aufgrund seines üppigen Gehalts wohl nur bedingt nachvollziehen.

Weitere belehrende Haushaltstipps und der Verweis auf den eigenen moralischen Anspruch durften seitens des Klimaministers in der Folge nicht fehlen.

Denn der 52-Jährige halte sich laut eigenen Angaben an die Empfehlungen seines Ministeriums zum Energiesparen. Demzufolge habe Habeck seine Duschzeit „*noch mal deutlich verkürzt*“. Der Vizekanzler weiter: „*Ich hab noch nie in meinem Leben fünf Minuten lang geduscht.*“

Dies legt der Grünen-Politiker nun offenbar auch seinen Mitmenschen ans Herz. Die Grünen waren schon in der Vergangenheit selten darum verlegen, den Bürgern vorzuschreiben, wie sie zu leben haben. Der Wirtschaftsminister moralisiert gerne mit Bekenntnissen, in den warmen Monaten sei er „*sehr ungern in klimatisierten Räumen und im Winter heize er sparsam.*“

Überraschend konstruktive Kritik kam in dem Kontext von der Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Umwelthilfe (DUH), Barbara Metz, die folgendes beanstandete:

„*Anstatt dass Habeck selbst tätig wird, verschiebt er die Verantwortung vor allem auf die Verbraucherinnen und Verbraucher und gibt Duschkopf-Tipps.*“

Doch der Wirtschafts- und Klimaminister möchte seine Agenda, die auf den deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien abzielt, allem Anschein nach unter allen Umständen durchsetzen.

Die gut durchdachten Forderungen, vermehrt auf Kernenergie zu setzen, um die Versorgungssicherheit Deutschlands sicherzustellen, blockt der 52-Jährige hingegen trotz ab.

Die von ihm gewünschte Transformation soll augenscheinlich im Schatten der Krise vollzogen werden. Für die Sorgen der Bürger hat Habeck lediglich ein paar Duschtipps übrig.

MÜNZENMAIERS MAGAZIN

JETZT KOSTENLOS ABONNIEREN

**Sie wollen „Münzenmaiers Magazin“
regelmäßig direkt nach dem Erscheinen
erhalten?**

**Dann abonnieren Sie das Magazin absolut
kostenfrei und seien Sie immer einer der
Ersten, der die neueste Ausgabe in den
Händen hält.**

**Wie? Einfach eine E-Mail mit dem Betreff
„Abo Münzenmaiers Magazin“
und Ihren Adressdaten an
redaktion@muenzenmaiers-magazin.de
schicken.**

Wir freuen uns über Ihre Nachricht!

SANKTIONEN GEGEN PUTIN ODER GEGEN DAS EIGENE VOLK?



Die von Deutschland wegen des Angriffskrieges gegen die Ukraine verhängten Sanktionen gegen Russland offenbaren ihre Wirkung. Doch die Auswirkungen auf die russische Wirtschaft, die verstärkt Beziehungen zu China und Indien aufnimmt, sind begrenzt und scheinen gut abgefedert zu werden. Stattdessen schneidet sich Deutschland zunehmend ins eigene Fleisch, indem insbesondere bei der Gasversorgung spätestens im Winter mit gravierenden Folgen für die deutsche Industrie und für private Haushalte zu rechnen ist. Deshalb setzt sich die AfD dafür ein, unnötige Sanktionen aufzuheben und sicherzustellen, dass diese dem eigenen Land nicht stärker schaden als Russland.

Keine Frage: Der russische Angriff auf die Ukraine ist scharf zu verurteilen. Die Sanktionen Deutschlands und der Europäischen Union gegen Russland erscheinen deswegen folgerichtig. Das Ziel besteht darin, das russische Wirtschaftssystem erheblich zu schwächen, um den russischen Präsidenten Wladimir Putin indirekt zu zwingen, den Krieg zu beenden.

Doch es ist ebenso zu gewährleisten, dass die Strafmaßnahmen im Umkehrschluss das eigene Land, die eigene Volkswirtschaft nicht enorm treffen. Für eine deutsche Bundesregierung sollten die Bedürfnisse Deutschlands jederzeit an oberster Stelle stehen.

Russland-Expertin: „Der Plan, der russischen Wirtschaft zu schaden, funktioniert nicht wirklich gut“

Doch die aktuell gültigen Sanktionen gegen Russland zeigen auf, dass der Nutzen bisher auf der einen Seite marginal ist, während Deutschland mit den Konsequenzen auf der anderen Seite selbst enorm zu kämpfen hat. Zwar sind zum Beispiel die russischen Preise für Grundnahrungsmittel angestiegen, doch gleichzeitig erklärte Ekaterina Zolotova, Russland-Analystin beim amerikanischen Thinktank Geopolitical Futures in Moskau: *„Der Plan, der russischen Wirtschaft zu schaden, funktioniert nicht wirklich gut.“*

Trotz der Sanktionen hat der russische Staat noch immer eine Vielzahl an finanziellen Mitteln im In- und Ausland. Diesbezüglich belaufen sich die jetzigen Reserven an Devisen (Guthaben in einer anderen Währung) auf rund 600 Milliarden Dollar, ein Teil davon ist jedoch wegen der Strafmaßnahmen eingefroren.

Des Weiteren ist die russische Staatsverschuldung vergleichsweise gering. Ein weiterer bedeutender Faktor der wirtschaftlichen Stärke Russlands sind ferner die noch immer laufenden Exporte, etwa von Gas und Öl.

Gas- und Ölexporte bleiben starke Einnahmequelle, Rubel erlebt Sieben-Jahres-Hoch

Obwohl die Menge der Gaslieferungen seit dem Krieg in der Ukraine abgenommen hat, sind die Auswirkungen für Russland gering.

Denn wegen der Befürchtungen eines Gasembargos und wegen des Kriegs an sich sind die globalen Gaspreise drastisch in die Höhe gegangen, sodass die russischen Einnahmen schwächer wie erwartet eingebrochen sind.

Eigenen Angaben zufolge nahm Russland in den ersten 100 Tagen des Krieges gar umgerechnet 93 Milliarden Euro mit dem Export von Gas und Öl ein.

Im Zuge dessen werden Steuern der Ölfirmen und Exportgewinne dazu verwendet, für Stabilität im Rentensystem zu sorgen.

Ein zusätzlicher Vorteil für Russland ergibt sich aus verstärkten Weizenexporten. Dies lässt sich u.a. mit der Abschottung Chinas als Folge der sogenannten Null-Covid-Politik und dem Ausfall der Ukraine als Lieferant begründen. Russland-Expertin Zolotova schlussfolgerte, dass sich Russland seit der Krim-Krise 2014 gut auf die aktuelle Situation vorbereitet habe. Dies habe etwa dazu geführt, dass der Staat inzwischen als Selbstversorger bei vielen Nahrungsmitteln gilt.

Dass die Sanktionen ihre Wirkung weitestgehend verfehlen, wird außerdem durch die Stärke der russischen Währung offenbart. Ende Juni 2022 kletterte der Rubel auf ein Sieben-Jahres-Hoch und war damit deutlich wertvoller als vor dem Krieg. Erhielt man am 29. Juni für 100 Rubel etwa 1,84 Euro, waren es am 23. Februar, einen Tag vor dem Beginn des Krieges, bloß ca. 1,09 Euro.

Dies hat maßgeblich mit der russischen Zentralbank zu tun, die den Leitzins zwischenzeitlich deutlich auf 20 Prozent anhebte. Wichtig ist für Russland die Symbolkraft eines starken Rubel, der wirtschaftliche Unabhängigkeit ausstrahlt.

Putin: Sanktionen des Westens sind gescheitert

Auch wenn die Angaben eines am Krieg unmittelbar beteiligten Staatschefs mit Vorsicht zu genießen sind, sagte Präsident Putin wohl insbesondere aus den genannten Gründen Mitte Juni auf dem Wirtschaftsforum in St. Petersburg, dass die Sanktionen des Westens gescheitert seien.

Der Kremlchef gab weiter kund, dass diese keine Erfolgsaussichten hätten.

Seine öffentliche Zuversicht liegt womöglich auch darin begründet, dass Russland als Konsequenz aus den westlichen Strafmaßnahmen die ökonomischen Beziehungen zu China und Indien intensiviert hat.

In dem Zusammenhang verlautbarte Putin bei dem Wirtschaftsforum der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) : „Das Volumen der Lieferungen von russischem Öl nach China und Indien nimmt zu.“

Beispielsweise scheint es darüber hinaus Verhandlungen über den Start indischer Geschäftsketten in Russland und über die Zunahme von Autos aus China auf dem russischen Markt zu geben. Die westlichen Sanktionen sind also auch deshalb nicht sonderlich erfolgreich, weil sich viele Staaten aus ökonomischen, geopolitischen oder historischen Gründen nicht daran beteiligen.

Immer größere Gasknappheit in Deutschland: Folgen eines Embargos wären dramatisch

Während Russland demnach seine wirtschaftliche Lage im Augenblick trotz Sanktionen gut im Griff zu haben scheint, könnten die Strafmaßnahmen des Westens besonders Deutschland teuer zu stehen kommen.

Denn die Energieknappheit, die ursächlich auf die verfehlte Energiepolitik der vergangenen Bundesregierungen zurückzuführen ist, nimmt immer gravierendere Formen an. Denn Deutschland hat sich durch das Abschalten eigener Energiequellen - wie etwa der Kernkraftwerke - in eine Gasabhängigkeit von Russland begeben und könnte sich ein Gasembargo voraussichtlich aus verschiedenen Gründen nicht leisten.

Besonders schlimm wären die Auswirkungen für die deutsche Industrie, die die Produktion in Betrieben zurückfahren müsste.



Die Gaspreise eskalieren immer weiter und die Bundesregierung begreift nicht, dass man mit Moral keine Wohnungen heizen kann.

Auch eine vorläufig vollständige Schließung könnte nicht ausgeschlossen werden. Laut dem Wirtschaftsweisen Achim Truger könnte nicht nur eine tiefe Rezession die Folge sein, auch wären eine halbe Million Arbeitsplätze bedroht.

Ferner äußerte der Vizepräsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Oliver Holtemöller, bereits im April: *„Alles in allem müssten wir im Fall eines sofortigen Lieferstopps damit rechnen, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 um rund zwei Prozent sinkt.“* Die Folgen wären auch deswegen lang anhaltend, da laut Holtemöller die Preise für Industrie und Verbraucher auf einem hohen Niveau verbleiben werden, *„auch nachdem wieder ausreichende Mengen des Energieträgers zur Verfügung stehen.“*

Insbesondere für deutsche Gasverbraucher könnte es wegen der Sanktionen gegen Russland knüppeldick kommen: So warnte der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, kürzlich, dass eine Verdreifachung der Gaspreise eintreten könnte, was abhängig von der Gasmenge durch die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 nach Deutschland sei. Enorme Kostensteigerungen aufgrund der sich zuspitzenden Gasknappheit sind bereits jetzt spürbar.

Das Szenario des vollständigen Lieferstopps von russischem Gas beschäftigt während der Wartungsarbeiten an Nord Stream 1 die deutsche Politik. Sollte Putin den Gashahn für eine längere Zeit nicht wieder aufdrehen, könnten deutsche Unternehmen unter Verlusten von mehr als 200 Milliarden Euro leiden. Besonders schlimm trüfe es die Chemieindustrie, da diese in Deutschland am meisten Gas verbraucht.

In dem Kontext sprach Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) von einem *„politischen Albtraum-Szenario“*, was den Ernst der Lage demonstriert. Doch ein Umdenken innerhalb der Ampel-Regierung hinsichtlich der Sanktionen gegen Russland scheint weit entfernt. Es zeichnet sich eine ideologische Politik zulasten der Bürger dieses Landes ab.

AfD: Sanktionen dürfen Deutschland nicht mehr schaden als Russland

Auch wenn die AfD Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Angriffskrieges bejaht, hat die AfD-Bundestagsfraktion schon lange darauf hingewiesen, dass diese eben die Verantwortlichen des Kriegs treffen sollen und nicht rückwirkend der heimischen Wirtschaft stärker schaden dürfen als der russischen Wirtschaft.

Inzwischen ist aber abzusehen, dass das eigene Volk stark unter den Folgen der Strafmaßnahmen ächzt. Deswegen setzt sich die AfD deutlich dafür ein, dass unnötige Sanktionen beendet werden, um negative Konsequenzen für deutsche Bürger zu verhindern. Deswegen forderte der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Leif-Erik Holm, in einer Pressemitteilung Ende Juni, dass die bestehenden Lieferwege für Gas nicht weiter gefährdet werden dürfen, solange keine neuen existieren. *„Es ergibt keinen Sinn, sich durch immer neue Maßnahmen wie Preisobergrenzen für Gas oder ein Öl-Embargo empfindlich ins eigene Fleisch zu schneiden“*, so der 51-Jährige. Weiterhin wies der AfD-Bundestagsabgeordnete darauf hin, dass die Sanktionen nicht zum Harakiri werden dürften. Abschließend bezeichnete Holm die diesbezügliche Ampel-Politik als *„unverantwortlich“*. Sie riskiere neben dem Wohlstand der Bürger *„auch die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands“*.

Wie aufgeführt hat der russische Staat mit den westlichen Sanktionen bisher kaum zu kämpfen. Stattdessen manövriert sich die Bundesrepublik aufgrund ihrer falschen Energiepolitik der letzten Jahre zunehmend in eine echte Energieversorgungskrise. Die deutschen Verbraucher werden voraussichtlich spätestens im Winter mit diesen politischen Fehlentscheidungen konfrontiert werden und noch höhere Kosten zu stemmen haben als ohnehin schon.

Die AfD unternimmt alles in ihrer Macht, um die Bürger davor zu schützen.



ROBERT ANTOINETTE

"Wenn sie frieren,
sollen sie doch
Pullover anziehen!"

MAGAZIN VERPASST?



Auf unserer Netzseite können Sie sämtliche bisher erschienenen Magazine einsehen und downloaden. Auch die jeweils aktuelle Ausgabe wird dort kostenlos angeboten.

WWW.MUENZENMAIERS-MAGAZIN.DE/PRINT

Impressionen - Aktiv für Deutschland





A German flag is shown on a white pole, hanging vertically. The flag features the traditional horizontal stripes of black, red, and gold. The background is a blurred blue gradient. The text 'POLITIK & HINTERGRÜNDE' is overlaid in white, bold, sans-serif font across the upper portion of the flag.

POLITIK & HINTERGRÜNDE

EIN JAHR NACH DER FLUT: DIE CHRONIK DES VERSAGENS



Die verheerende Flutkatastrophe im Ahrtal, die insgesamt 134 Menschen das Leben kostete und mehr als 750 verletzte, ist inzwischen rund ein Jahr her. Während ständig neue Versäumnisse von Verantwortlichen ans Licht kommen, verlaufen die Aufbauarbeiten sehr schleppend.

Noch immer ist an Normalität in der rheinland-pfälzischen Region nicht zu denken. Unternehmer und Bewohner stehen vor den Ruinen ihrer Existenz. Doch die Ampel-Regierungen im Bund sowie in Rheinland-Pfalz versagen auf ganzer Linie und versäumen es, notwendige Unterstützung zu leisten.

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 kam durch die Flutkatastrophe im Ahrtal unsägliches Leid über die Menschen vor Ort.

Viele von ihnen wurden im Vorfeld nicht ausreichend oder zu spät gewarnt. Unzählige Menschen verloren ihr Leben, direkte Angehörige oder ihr ganzes Hab und Gut. Sie standen vor den Trümmern ihrer Existenz.

Tausende Häuser wurden vollständig zerstört oder zumindest beschädigt. Auch Brücken, Straßen und Schienen hielten den extremen Wassermassen nicht stand.

Immense Verfehlungen der Minister Spiegel und Lewentz

Nun ist ein Jahr vergangen und die Bilanz zum Umgang mit der Naturkatastrophe ist ernüchternd sowie erschreckend. Inzwischen ist immerhin die damalige rheinland-pfälzische Umweltministerin und spätere Bundesfamilienministerin Anne Spiegel (Grüne) zurückgetreten, die lediglich mit Versäumnissen und Patzern von sich reden machte.

Zur Erinnerung: Spiegel hatte wohl trotz vorhandener Informationen nicht in nötigem Umfang gewarnt und sich im Anschluss mehr um ihr persönliches Image gesorgt.

So hielt etwa Dr. Jan Bollinger, erster stellvertretender Vorsitzende der AfD-Fraktion in Rheinland-Pfalz, in einer Pressemitteilung am 14. Mai nach einer Befragung des Bürgermeisters sowie des Wehrführers aus der stark betroffenen Verbandsgemeinde Adenau im Untersuchungsausschuss folgendes fest: *„Bei der Befragung wurde deutlich, dass die Informationen des Umweltministeriums im Vorfeld der Flutkatastrophe den Bürgermeistern und Wehrführern keinen auch nur annähernden Eindruck von der dramatischen Lage vermittelt haben.“* Die später erfolgten Warnungen seien zudem zu spät gekommen.

Doch auch nach Anne Spiegel dominiert im Ahrtal das Chaos. Dies betrifft zum einen die Frage der Zuständigkeiten und (politischen) Fehlentscheidungen.

So wurde beispielsweise im vergangenen Juni im Untersuchungsausschuss ebenso aufgedeckt, dass der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz (SPD) die Lage in der Flutnacht offenbar völlig falsch beurteilte.

Dazu der Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion Michael Frisch in einer Pressemitteilung am 13. Juni: *„Nach Aussage von Udo Schumacher, dem ehemaligen Kreisbrandinspekteur des Kreises und Mitglied der TEL [Technische Einsatzleistung, Anm. d. Red.], wurde man von der sich entwickelnden Lage überlaufen (...).*

Dies steht in deutlichem Widerspruch zu den Aussagen des Innenministers, der in seiner Vernehmung am 8. April zu Protokoll gab, er habe überhaupt nicht feststellen können, dass „in der Führung oder sonst wie jemand überfordert wäre.“

Daraus schlussfolgerte der 64-Jährige neben der falschen Einschätzung des SPD-Politikers die fehlende politische Unterstützung der Katastrophenschützer vor Ort, die die Lage möglicherweise hätten entschärfen können.

Dies deckt sich mit Aussagen von Vertretern des Technischen Hilfswerks (THW), die fehlende Kapazitäten an Einsatzkräften beklagten. Zurückzuführen dürfte dies auch auf eine mangelhafte Vorbereitung des Bundeslandes auf Krisen wie diese sein.

Hinzu kommt, dass die Frage noch immer nicht geklärt ist, warum das Land die Einsatzleitung nicht bereits am Abend der Katastrophe übernahm.

Ahrweiler verfügte über keinen Alarm- und Einsatzplan Hochwasser

Zudem ergab eine Kleine Anfrage der rheinland-pfälzischen AfD im Landtag, dass etwa die Hälfte der Landkreise in dem Bundesland nicht über einen Alarm- und Einsatzplan Hochwasser verfügen, worunter auch der Kreis Ahrweiler fällt. Eigentlich wäre dieser jedoch gesetzlich vorgeschrieben.

Die Landesregierung musste die schlechte Vorbereitung des Katastrophenschutzes inzwischen zugeben. AfD-Fraktionsvorsitzender Frisch sprach in dem Zusammenhang von einem *„unfassbare[n] Versäumnis, dem möglicherweise zahlreiche Menschen zum Opfer gefallen sind.“*

Und auch der damals zuständige Landrat des Kreises Ahrweiler, Jürgen Pföhler (CDU), gerät mehr und mehr in ein eigenartiges Licht. Gegen den CDU-Politiker wird wegen möglicherweise verspäteter Warnungen und Evakuierungen ermittelt.

Nun sagte der damalige Leiter des dortigen Impfzentrums, Fabian Schneider, im Untersuchungsausschuss über Pföhler: „*Es hat – glaub' ich – jeder mitbekommen, dass der Landrat nicht mehr er selbst war.*“

Was ist hier vorgefallen?

Mühsame Aufbauarbeiten: Kaum Mittel aus dem Aufbauhilfefonds kommen an

Besonders bestürzend ist ferner, dass die Aufbauarbeiten nur sehr mühsam voranschreiten. Die Hauptursachen liegen bei fehlenden oder falsch organisierten – sprich zu bürokratischen – Hilfsangeboten sowie bei vermutlich fehlendem Engagement der zuständigen Politiker. Andere Aufgaben werden wohl von vielen schlicht als notwendiger angesehen.



Auch ein Jahr nach der Flutkatastrophe sind immer noch enorme Zerstörungen sichtbar

Dass die Fluthilfen schlecht organisiert sind und deswegen kaum an notwendiger Stelle ankommen, zeigt eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, die aufdeckte, dass bisher nur ein Prozent (!) des Aufbauhilfefonds der Flutkatastrophe 2021 bei Privathaushalten angekommen ist.

Konkret wurden bis zum Zeitpunkt der Anfrage im Juni nur 8.800 Anträge auf Aufbauhilfe von Privathaushalten, die eine Gesamtsumme von 136,5 Millionen Euro umfassen, ausbezahlt. Jedoch beläuft sich der rheinland-pfälzische Aufbauhilfefonds insgesamt auf 16 Milliarden Euro.

Als einen Grund nannte Vize-Fraktionschef und Mitzeichner der Anfrage Bollinger zu bürokratische Abläufe:

Viele Betroffene würden über einen zermürbenden Antragsprozess klagen, „*bei dem es immer wieder zu Rückfragen der Behörden und dann auch zu Verzögerungen kommt.*“

Deshalb forderte der AfD-Mann die Ampel-Regierung in Rheinland-Pfalz zum Handeln auf.

Betroffene werden von der Politik alleine gelassen

Viele Menschen im Ahrtal werden von der Politik finanziell und mit ihren Sorgen alleine gelassen. Das Bild der eigentlichen Touristikerregion ist noch immer völlig zerstört:

Straßen sind kaputt, Brücken nicht wieder aufgebaut, vernichtete Häuser gerade einmal provisorisch verschlossen, Besitzer von Gasthöfen und Weinstuben brauchen an eine Wiedereröffnung noch nicht zu denken.

Für eine Region, die vom Tourismus lebt, ist dieser Umstand doppelt schlimm. Die Landesregierung in Rheinland-Pfalz unter Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) kommt ihrer Aufgabe – wie in vielerlei Hinsicht deutlich geworden sein dürfte – keineswegs nach.

Denn die nur sehr langsam ausgezahlten Hilfen, die Folgen der Inflation, die die Preise in die Höhe treibt, sowie das Fehlen von Handwerksbetrieben lähmen den Wiederaufbau.

Da sehr viele kleine Betriebe betroffen sind, die alle den attraktiven Tourismus-Standort bereichert haben, könnte es noch Jahre dauern, bis eine vollständige Rückkehr zu der Zeit vor der verheerenden Katastrophe möglich wird.

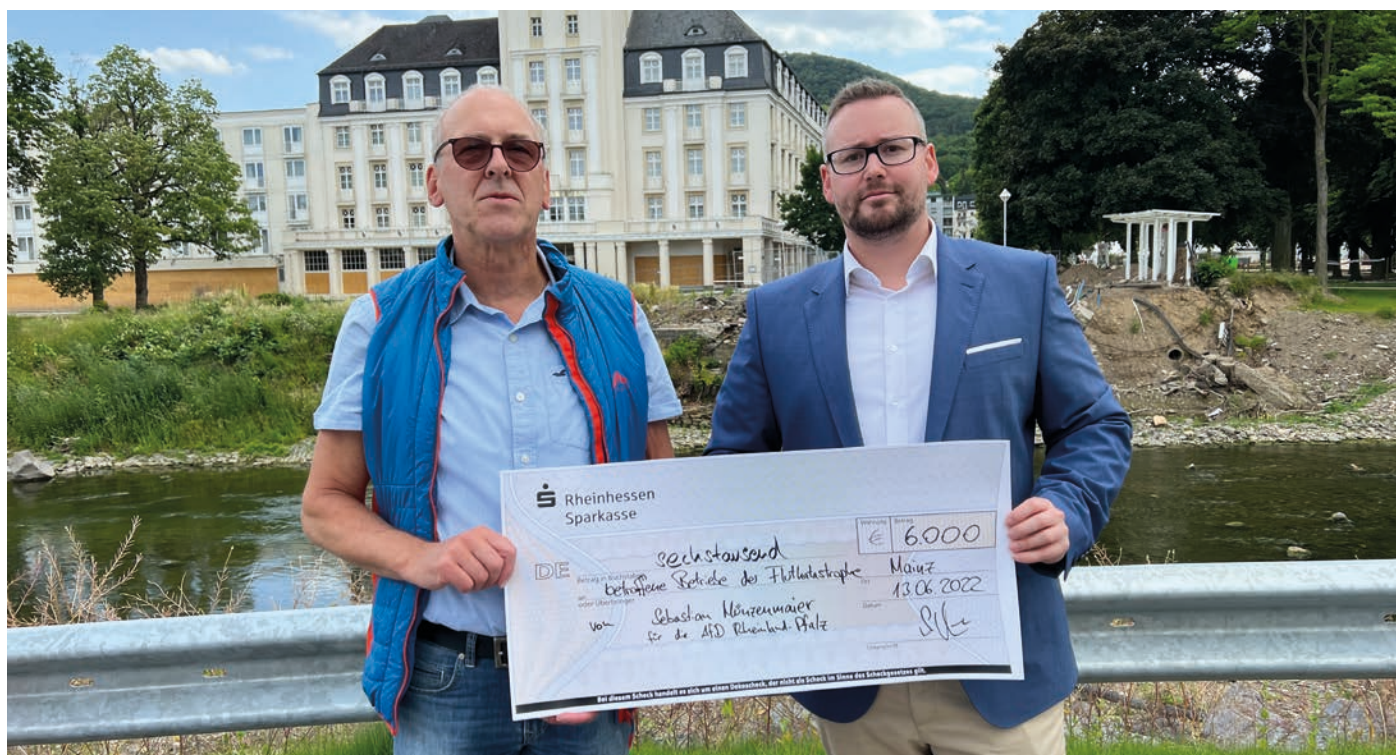
Wenn überhaupt, denn je länger der Zeitpunkt der Wiedereröffnung nach hinten rückt, desto größer sind die individuellen finanziellen Verluste von beispielsweise Hoteliers und Gastronomiebetreibern.

Ein Hotelier erklärte in dem Kontext: „Wir müssen möglichst vielen Preisklassen, gastronomischen Angeboten und Freizeitaktivitäten gerecht werden.“ Wenn ein Betrieb wegfällt, erlischt somit auch ein Teil der Anziehungskraft der Region.

Um das zu verhindern, wird ein schnelles Wiederherstellen der Infrastruktur benötigt, doch das zieht sich eben noch hin. In Zeiten des Ukraine-Kriegs, einer rasch anwachsenden Inflation und einer Energiekrise befürchtet ein betroffener Bewohner nach eigener Aussage, dass das Ahrtal noch weiter in Vergessenheit gerät. Viele Bürger der Region dürften Unverständnis und Groll dafür empfinden, dass Medienvertreter und politisch Verantwortliche ihren Scheinwerfer nun vollständig auf andere Dinge richten.

Auch aufgrund dessen protestierten am 2. Juli ungefähr 200 Flutbetroffene in Mainz. Sie machten auf die schleppend verlaufende Auszahlung der Fördergelder aus dem Wiederaufbaufonds aufmerksam. Außerdem sprachen sich die Teilnehmer dagegen aus, dass Fluthilfe-Zentren im Ahrtal bis Ende Juli geschlossen werden sollen.

Weiterhin plant der Landkreis Ahrweiler aus Kostengründen Ende Juli Verteilzentren von Gütern zu schließen.



Sebastian Münzenmaier besuchte das Ahrtal und überreichte als Unterstützung eine kleine Spende. Die Region ist mittlerweile aus dem medialen Interesse verschwunden und die Altparteien haben die Betroffenen vergessen.

Sebastian Münzenmaier besucht das Ahrtal und hört den betroffenen Bürgern zu

Die AfD hat das Ahrtal nicht aus dem Blick verloren. Sebastian Münzenmaier besuchte im vergangenen Juni die rheinland-pfälzische Region und traf dort Vertreter aus Gastronomie und Hotellerie.

Dabei offenbarten sich dem AfD-Politiker das Unverständnis vieler Bewohner und Unternehmer gegenüber den Politikern, aber ebenso die Problematiken, unter denen die Menschen vor Ort noch immer leiden.



Betroffene schildern ihre Sorgen und Existenzängste

Viele Betreiber von Restaurants und Hotels stehen vor dem beruflichen und privaten Aus. Sorgen, die Münzenmaier verspricht, im politischen Berlin anzubringen.

Bundesregierung: Geld für die Welt, aber nicht für die Eigenen?

Denn die Vertreter der Bundesregierung scheinen sich um die Interessen der Ahrtal-Betroffenen nicht zu scheren. Der Fokus der Medien liegt längst woanders.

Während die Ampel mit vollen Händen in der ganzen Welt Geld verteilt – etwa 10 Milliarden Euro für Indiens Klimaschutzziele bereitstellt – warten die Bewohner des Ahrtals noch immer auf den Wiederaufbau ihres Zuhauses bzw. ihrer wirtschaftlichen Existenz.

Dies offenbart, dass die Bundesregierung ihre eigenen Bürger völlig aus dem Blick verloren und völlig versagt hat. Auch ein diesbezügliches Umdenken ist nicht in Sicht.

Immerhin zeigte die Flutkatastrophe die eklatanten Schwachstellen des deutschen Katastrophenschutzsystems. Nun gilt es, Prävention für ähnliche Krisen zu betreiben. Dazu gehören in erster Linie eine bessere Vorbereitung der (kritischen) Infrastruktur, eine krisenfeste Etablierung von Warnsystemen sowie moderner Hochwasserschutz.

Zudem müssen Zuständigkeiten und Meldketten bei solchen Katastrophen im Vorfeld eindeutig festgelegt werden, sodass jeder direkt weiß, was zu tun ist. Allerdings nutzen all diese Vorbereitungen nichts, wenn die Zuständigen im Anschluss dennoch versagen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Ahrtal und seine Betroffenen bei den politischen Entscheidungsträgern in Bund und Land in Vergessenheit geraten sind.

Finanzielle Hilfen werden bestenfalls zu langsam ausgezahlt, sodass die eigentliche Tourismus-Region noch immer einem Kriegsgebiet gleicht. Auch viele Unternehmer stehen vor den Scherben ihrer Existenz, sollte die Infrastruktur der Region nicht bald wiederaufgebaut werden.

Erschreckend bleibt die enorme Kette des Versagens in der Flutnacht, deren Auswüchse wohl noch immer nicht vollständig ans Tageslicht gekommen sind. Die AfD leistet hierzu auch weiterhin intensive Arbeit, um die Umstände weiter aufzuklären.

Neben Anne Spiegel müsste zumindest Innenminister Lewentz die Konsequenzen aus seinem Handeln ziehen und zurücktreten!

IM GESPRÄCH MIT MARTIN KALLWEIT



Knapp ein Jahr nach der Jahrhundertflut im Ahrtal kämpfen Anwohner, Unternehmer und Gastronomen noch immer um ihre wirtschaftliche Existenz. Die Auszahlung der zugesicherten Hilfen läuft schleppend, der Wiederaufbau stockt.

Die Redaktion von „Münzenmaiers Magazin“ hat Martin Kallweit getroffen und nachgefragt, was genau schief läuft und was sich die Menschen vor Ort wirklich von der Politik wünschen.

Martin Kallweit ist AfD-Stadtrat in Bad Neuenahr-Ahrweiler und hat die Flutkatastrophe als Betroffener hautnah miterlebt.

Münzenmaiers Magazin:

Vor knapp einem Jahr ist die verheerende Flut durchs Ahrtal gerauscht. Was würden Sie sagen:

Wie lange wird es noch dauern, bis dort wieder Zustände herrschen, die mit der Situation vor der Flut vergleichbar wären?

Martin Kallweit:

Zunächst einmal vielen Dank, liebe Redaktion, für die Einladung zu diesem Interview.

Von der Flut war ich nun ja selbst persönlich betroffen und kann also nicht nur als örtlicher AfD-Kommunalpolitiker, sondern auch als unmittelbar Geschädigter davon berichten, mit welchen Alltagsproblemen und Folgeschäden wir hier noch zu kämpfen haben.

Im Stadtrat von Bad Neuenahr geht man davon aus, dass es in Sachen der Infrastruktur noch fast zehn Jahre dauern wird, bis alle Schäden beseitigt sein werden. Erst kürzlich habe ich in einem Gespräch mit der Lokalpresse darüber berichten können, dass etwa ein Großteil der zerstörten Ahrbrücken erst im Jahr 2028 wieder aufgebaut sein wird. Nun, lägen die Brücken im Ausland, hätte unsere Regierung diese wohl längst schon wieder aufgebaut.

Hinsichtlich der privaten Wohnhäuser liegt es schlicht daran, wie wohlhabend der Eigentümer ist. Wer nicht versichert ist und auch keine entsprechenden finanziellen Rücklagen hat, für den wird es schwierig. Zumal die Preise für Baumaterial und Handwerker regelrecht explodiert sind.

Münzenmaiers Magazin:

Der Bund und das Land haben Hilfgelder in Milliardenhöhe zur Verfügung gestellt. Eine Kleine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz hat nun ergeben, dass nicht mal ein Prozent der zugesicherten Hilfen ausbezahlt wurden. Woran genau liegt das?

Martin Kallweit:

Das liegt klar am fehlenden politischen Willen und völlig falscher Prioritätensetzung seitens der Regierungspolitik.

Selbst die Spendengelder wurden ja nicht an die Betroffenen der Flutkatastrophe ausgezahlt, sondern an gewisse Hilfsorganisationen weitergereicht oder für die staatlichen Infrastrukturprojekte eingesetzt. Meiner Ansicht nach wurden also die Spenden von Privatpersonen durch den Staat zweckentfremdet, der offenbar nicht gewillt ist, eigene Mittel für seine Daseinsfürsorge aufzuwenden. Das ist eigentlich Betrug an den vielen Spendern, die wohl davon ausgingen, mit ihren Hinwendungen direkt den Opfern zu helfen. Sogar der SWR hat über diesen Skandal berichtet und auch ich selbst kam dazu in der Lokalpresse zu Wort.

Münzenmaiers Magazin:

Der Abgeordnete Sebastian Münzenmaier war vor wenigen Wochen im Ahrtal und hat sich persönlich ein Bild vom Ausmaß der Zerstörungen gemacht. An ihn wurde dabei der Wunsch nach einem „Ahrtal-Flutbeauftragten“ herangetragen. Stimmen Sie diesem Wunsch zu und was genau sollte dieser Sonderbeauftragte für Aufgaben ausfüllen?

Martin Kallweit:

Ja, das wäre eine gute Sache. Der Flutbeauftragte könnte nicht zuletzt auch für eine verstärkte Präsenz des Themas in den Medien sorgen – und dadurch auch Druck auf die Politik in Mainz aufbauen, damit man das Ahrtal dort nicht ganz vergisst.

Münzenmaiers Magazin:

Die Ampel-Partner aus Bund und dem Land betonten in ihren Reden stets, dass der Wiederaufbau im Ahrtal gut laufe und nach der Flut schnell gehandelt worden sei. Teilen Sie die Meinung der Abgeordneten von SPD, FDP und den Grünen? Falls nein, was läuft ihrer Meinung nach deutlich schief?

Martin Kallweit:

Die Wahrheit ist, das hier eigentlich gar nichts läuft. Viele Straßen und auch die Ahr selbst sehen immer noch aus, wie vor einem Jahr. Viele Positivmeldungen sind reine Augenwischerei. Die Menschen sind verzweifelt, bei vielen ist auch einfach die Kraft weg und man hört sogar von Selbstmorden. Das ist nun die Katastrophe nach der Katastrophe.

Münzenmaiers Magazin:

Was wünschen Sie sich mit Blick auf das Ahrtal konkret von der Politik auf Bundes- und Landesebene, was muss passieren?

Martin Kallweit:

Wir brauchen hier dringend Hilfe von außen. Die hiesigen Betriebe können den Wiederaufbau alleine einfach nicht leisten. Gerade hier könnte man sich auch mal Hilfe aus Europa vorstellen.

Warum regt man es zum Beispiel nicht an, dass die europäischen Nachbarn eigenverantwortlich etwa den Wiederaufbau von Schulen oder Kindergärten mitorganisieren? Die Bereitschaft aus dem Ausland liegt doch vor. So könnte Europa wirklich mal zusammenwachsen. Soweit ich weiß hat unsere vorherige Kanzlerin auf solche Angebote allerdings verzichtet beziehungsweise nicht reagiert.

Münzenmaiers Magazin:

Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer wäre die Katastrophe noch viel schlimmer ausgefallen. Was würden Sie den Helfern sagen und wie viel hat Ihnen persönlich diese zupackende Anteilnahme bedeutet?

Martin Kallweit:

Auch an dieser Stelle nochmal mein persönlicher Dank an Sebastian Münzenmaier. Auch ich stand damals vor meinem zerstörten Haus. Mit nichts, letztlich. Ohne Pumpen, ohne Strom und ohne jedes Material.

Über den Aufruf von Sebastian Münzenmaier konnten mir damals Helfer aus ganz Deutschland vermittelt werden, nur einen Tag nach dem Aufruf stand schon ein Trupp Männer aus der Pfalz bei mir vor der Tür, extra im Ford Pick-Up angereist. „Bist du der Martin?“, haben die gefragt und dann gleich Pumpen, ein Stromaggregat, Stiefel und Schaufeln ausgeladen.

Glaukt mir, ich bin ja an sich ein Kämpfer, aber da hatte ich wirklich Pipi in den Augen, wie man so sagt. Und dann haben diese Jungs mir den Keller ausgepumpt und auch den Leuten in der ganzen Straße wirklich tatkräftig geholfen. Und auf diesem Wege konnten wir auch Helfer an ganz viele andere Betroffene hier im Ort vermitteln. Wirklich, mein ganz persönlicher und großer Dank auf diesem Wege noch einmal an alle, die uns hier geholfen haben.

Einfach nur herzlichsten Dank!

Münzenmaiers Magazin:

Wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen Ihnen auch weiterhin viel Kraft für die kommenden Monate!



**JETZT
NEWSLETTER
ABONNIEREN**

Melden Sie sich jetzt für den Newsletter von Sebastian Münzenmaier an und erhalten Sie spannende Infos und regelmäßige Berichte aus erster Hand direkt in Ihr Postfach.

muenzenmaiers-magazin.de/newsletter



KLÜNGELEI? ZWEIFEL AN EIGNUNG VON STEPHAN HARBARTH



Dem aktuellen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), Stephan Harbarth, wird vorgeworfen, nicht über genügend Eignung und Qualifikation zu verfügen. Besonders seine Ernennung zum Honorarprofessor wirft viele Fragen auf. Da Harbarth, der zuvor einflussreicher CDU-Politiker war, darüber hinaus beinahe nahtlos vom Bundestag in den höchsten Richterstuhl Deutschlands wechselte, sind deutliche Verstrickungen zwischen Politik und Justiz zu vermuten. Zudem scheint der Jurist in früheren Jahren an Cum-Ex-Modellen beteiligt gewesen zu sein.

Ist Harbarth zu Unrecht zum Honorarprofessor ernannt worden?

Die Kritik am Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts reißt nicht ab: Wie übereinstimmende Medienberichte aufzeigen, könnte es bei Harbarths Ernennung zum Honorarprofessor der Universität Heidelberg nicht mit rechten Dingen zugegangen sein. Denn die beiden hierfür extern benötigten Gutachter und deren Expertise wurden bisher nicht veröffentlicht.

Die Uni Heidelberg begründete dies mit Daten- und Persönlichkeitsschutz. Im kommenden Herbst soll der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg entscheiden, ob die Daten offen gelegt werden müssen. Doch was spricht gegen eine solche Auskunft, wenn es nichts zu verbergen gibt? Der Titel des Honorarprofessors war mutmaßlich ein wichtiges Kriterium für die Ernennung Harbarths zum Vizepräsidenten und später zum Präsidenten des BVerfG.

Unklar bleibt auch, ob der heute 50-Jährige die Voraussetzungen für eine Honorarprofessur überhaupt vollständig eingehalten hat. Im Landeshochschulgesetz von Baden-Württemberg steht geschrieben, dass hierfür „eine mindestens dreijährige selbstständige Lehrtätigkeit an einer Hochschule“ benötigt werde. Beim Blick in die Vorlesungsverzeichnisse der juristischen Fakultät kommen erhebliche Zweifel auf, dass Harbarth diesen Umstand der selbstständigen Lehre tatsächlich in Gänze erfüllte. Genauere Nachforschungen eines Magazins konnten den Juristen nicht entlasten, sondern brachten nur noch mehr Fragen. Hat der Ex-Bundestagsabgeordnete überhaupt die nötige Kompetenz für das Amt des höchsten deutschen Verfassungsrichters?

Denn Harbarth ist lediglich gelernter Wirtschaftsanwalt und arbeitete in seiner juristischen Karriere nicht mit dem Öffentlichen Recht oder dem Verfassungsrecht. Als Hüter des Grundgesetzes und der Grundrechte der Bürger hat das BVerfG eigentlich u.a. die wichtige Aufgabe, die Bürger vor einem übergriffigen Staat zu bewahren.

Harbarth war einflussreicher CDU-Politiker und enger Merkel-Vertrauter

Doch die Berufung Harbarths zunächst zum Vizepräsidenten und später zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts lassen die vom Grundgesetz garantierte Gewaltenteilung mehr und mehr verkommen.

Denn der Jurist saß von 2009 bis November 2018 für die CDU im Deutschen Bundestag, war von Juni 2016 an stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und galt als enger Vertrauter der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (ebenfalls CDU). Wenn ein einflussreicher Politiker im Prinzip direkt nach seiner Tätigkeit im Bundestag ans höchste deutsche Gericht wechselt und sogar Vorsitzender des Ersten Senats wird, ist es schwer, von Unabhängigkeit der Justiz zu sprechen.

Im Juni 2020 wurde der heute 50-Jährige dann Präsident des höchsten deutschen Gerichts. Damit dürfte Harbarth bereits juristisch über Dinge geurteilt haben, die er in seiner Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter politisch mitzuverantworten hat. Der Vorwurf liegt nahe, dass mit der Personalie Harbarth parteipolitische Postenschieberei betrieben wurde, um die Entscheidungen aus Karlsruhe, wo das BVerfG seinen Sitz hat, besser „unter Kontrolle“ zu haben.

Lässt sich die politische Vergangenheit des Präsidenten an den Urteilen des BVerfG ablesen?

Dass die Karlsruher Urteile seit Harbarths Präsidentschaft den politischen Entscheidungsträgern tatsächlich des Öfteren in die Karten gespielt haben dürften, lässt sich anhand einiger Beispiele belegen. Zunächst ist die Entscheidung zum vermeintlichen „Klimaschutz“ vom 24. März 2021 zu nennen, die den Vorgaben der damaligen Bundesregierung weitgehend entsprach und sogar politisch nützlich Verschärfungen einforderte.

Hinzu kommt ein erschreckender Umgang mit den Corona-Grundrechtseinschränkungen der Bürger sowie mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, der für viele Grundrechtsexperten unverständlich war. Außerdem wird dem Bundesverfassungsgericht vorgeworfen, das Urteil zu Merkel im Fall „Wahl des Thüringer Ministerpräsidenten 2020“ verschleppt zu haben.

Weiterhin legte das Bundesverfassungsgericht unter Harbarth keine Transparenz an den Tag, als die Richter des 1. und 2. Senats im Juni 2021 zum vertraulichen Abendessen ins Kanzleramt eingeladen wurden. Zur Erinnerung: In dieser Phase wurde politisch enorm über Corona und Klimaschutz gestritten.

Harbarths potenzielle Verstrickung in Cum-Ex-Geschäfte

Doch auch in der weiter zurückliegenden

Vergangenheit des ehemaligen Bundestagsabgeordneten sind möglicherweise skandalöse Verstrickungen zu finden. Denn in seiner Zeit bei der Großkanzlei Shearman & Sterling LLP, die 2000 begann, wurden dort Cum-Ex-Modelle entwickelt. Unter Cum-Ex-Geschäften sind dubiose Finanzgeschäfte zu verstehen, mit denen Banken und Großinvestoren den deutschen Staat um einen zweistelligen Milliardenbetrag betrogen.

Ob Harbarth als Präsident des Bundesverfassungsgerichtes geeignet ist, darf also in Zweifel gezogen werden!



Gegen die Zensurwelle!

**Folgen Sie
meinem Kanal
bei Telegram:**

t.me/infokanal_muenzenmaier



LAYLA: BALLERMANN-HIT IM VISIER DER CANCEL-CULTURE



Der Ballermann-Schlager „Layla“ von DJ Robin & Schürze erobert die deutschen Charts im Flug – und wird daraufhin in mehreren deutschen Städten verboten. Grund für diese beispiellose Bevormundung ist der angeblich „sexistische“ Inhalt des Liedes. Der Kreuzzug der linksgrünen Inquisition gegen jegliche Abweichung von ihrer Kulturorthodoxie scheint umso verbissener, je offensichtlicher die wahren Probleme in diesem Land zutage treten. Wird ein Party-Hit zum Beginn einer heimlichen Rebellion?

Sommerzeit ist Partyzeit – für die Deutschen scheint dies nun in umso höherem Maße zu gelten, je mehr Frustration und Ohnmacht angesichts der durch eine ideologisierte Politik mitverursachten Krisen wie Corona, Hyperinflation oder Gas-Engpässe steigen.

Doch nicht einmal diesen Spaß gönnt die „woke“ Inquisition ihren leidgeprüften Untertanen – von Bürgern sollte man hier gar nicht mehr sprechen.

Nun scheint man ihnen auch noch ihren letzten Rückzugsort unbeschwerter Feierlaune zu nehmen.

Mallorca- und Ballermannkultur ist wie so viele der neudeutschen kulturellen Errungenschaften Geschmackssache. So auch der im Mai diesen Jahres veröffentlichte Hit „Layla“ des DJ-Duos Robin & Schürze, welcher für ganze 4 Wochen auf Nummer 1 der deutschen Single-Charts landete.

Besungen wird darin die „Puffmama“ namens Layla, welche im zugehörigen Musikvideo als Mann in Frauenkleid dargestellt wird – angesichts jüngster politischer Meilensteine wie dem Selbstbestimmungsgesetz eigentlich höchst fortschrittlich.

Layla: Schöner, jünger, geiler, verboten

Die Stadt Würzburg sah dies jedoch gar nicht so: Angesichts der angeblich frauenfeindlichen Textpassage „*sie ist schöner, jünger, geiler*“ verbat sie schließlich das Partylied auf sämtlichen städtischen Veranstaltungen. In anderen Städten folgte man dem Verbot. Selbst die Wirte des Oktoberfests wollen das Stück jetzt „boykottieren“. Hört der Spaß nun wenigstens für die eingefleischten Partysäue der Republik endlich auf, wenn man ihnen auch noch das letzte Futter vom Trog nimmt?

Erste Zeichen des aufflammenden Widerstandes zeigen sich bereits. Obwohl „Layla“ für die Düsseldorfer Rheinkirmes ebenfalls verboten wurde, bewies ein DJ wahre Zivilcourage – und spielte das Lied einfach trotzdem.

Die Menge tobte erwartungsgemäß. Der Grundstein des musikalischen Volksaufstandes war gelegt. Auch in Würzburg selbst umging die feiernde Menge das Verbot gekonnt – sie sang den Refrain des Liedes kurzerhand textsicher im Chor.

„Layla“ als Widerstand gegen „cancel culture“?

Im ganzen Land stieg die Popularität von „Layla“ durch die jüngsten Verbote noch einmal sprunghaft an. War das Lied zuvor meist nur unter eingefleischten Ballermann-Jüngern bekannt, lauscht nun ganz Deutschland der Hymne auf die fiktive Rotlicht-Fachkraft.

Ist dieses Lied der Anlass für eine umfangreiche Rebellion hierzulande gegen das linksgrün verbrämte Biedermeiertum – im Englischen auch „cancel culture“ genannt – der politikulturellen Eliten des Westens?

Man darf gespannt sein – denn dank Klimakrise dürfte der diesjährige Partysommer noch etwas andauern.

Das Lied können Sie über folgenden Link hören:

youtu.be/lw2aQR3vQoA





Einwanderer und sogenannte Flüchtlinge werden in Deutschland mit immer schnellerer Geschwindigkeit eingebürgert. Ein Sachverständigenrat spricht in dem Zusammenhang gar von einem „Jahrzehnt der Einbürgerung“. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) setzt ihren ideologischen Multi-Kulti-Willkommenskurs fort.

Nachdem die Ampel-Koalition und die verantwortliche Innenministerin Faeser bereits die Bleibeperspektive für Geduldete verbessert und weitere Anreize für Migration nach Deutschland gesetzt haben, sind nun die „Früchte“ der ideologiegetriebenen Flüchtlingspolitik absehbar. Denn momentan lässt sich der Anfang einer regelrechten Einbürgerungswelle, die auf die Massenzuwanderung in den letzten Jahren zurückzuführen ist, beobachten.

Deutlicher Anstieg bei Einbürgerungen zu beobachten

Die dazu zur Verfügung stehenden Daten sind erschreckend: 2021 wurden nach dem Statistischen Bundesamt 131.600 Personen eingebürgert und damit 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Unter diese Zahl fallen 19.100 Syrer. Fast eine Verdreifachung zu 2020.

Des Weiteren streben mit hoher Wahrscheinlichkeit die meisten der 1,4 Millionen Migranten die deutsche Staatsbürgerschaft an. Und auch mehrere Hunderttausend Asylzuwanderer, über deren Status noch nicht abschließend geurteilt wurde, werden häufig zumindest Aufenthaltstitel bekommen. Für die Zukunft ist eine Abnahme der Zahl der Einbürgerungen nicht in Sicht. Im ersten Halbjahr des Jahres 2022 wurden insgesamt 85.000 Asylerstanträge gestellt, ein Anstieg von 44 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Nun veröffentlichte der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) zur besseren Einschätzung der Entwicklung der Einbürgerungen eine Prognose bis 2024. Dabei muss zunächst festgehalten werden, dass die Einbürgerungszahlen für 2021 laut dem Leiter der Forschungsabteilung des SVR, Jan Schneider, deutlich über den Prognosen des Sachverständigenrats gelegen hätten, was u.a. darauf zurückzuführen sei, dass viele Kinder und Jugendliche „miteingebürgert“ wurden.

Zunächst gehen die Forscher in ihren Prognosen davon aus, dass es immer mehr Syrer sein werden, die den Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft erhalten.

Sollte die „derzeitige Dynamik“ fortbestehen, würden „von 2022 bis 2024“ ungefähr „157.000 Syrer eingebürgert werden“.

Doch mit Blick auf die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamts halten die Verantwortlichen der Prognose sogar ein Übertreffen des Szenarios für möglich.

Hinzu kommt, dass es bei den Syrern, aber auch bei anderen Gruppierungen ein „überdurchschnittliches Einbürgerungsinteresse“ geben soll.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass in der kommenden Zeit pro Jahr etwa 200.000 Anträge auf die deutsche Staatsbürgerschaft gestellt werden.

Außerdem äußerte der SVR, dass die von der Ampel angekündigten Einbürgerungserleichterungen ein zusätzlicher „deutliche[r] Impuls für mehr Einbürgerungen“ sein werden. Die Bundesregierung und SPD-Ministerin Faeser planen, Zugewanderten für gewöhnlich bereits nach fünf Jahren, in besonderen Fällen auch schon nach drei Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft zu gewähren.

Einbürgerungen sind Ergebnis der ideologischen Motivation von Innenministerin Faeser

Die Vision der Innenministerin, Deutschland zu einem – wie sie es nennt – „vielfältige[n] Einwanderungsland“ und „bessere[n] Integrationsland“ zu machen, nimmt damit immer konkretere Formen an.

In einem Twitter-Post schreibt die 52-Jährige weiter: „Ich möchte Migration und Integration aktiv gestalten, statt wie in den letzten 16 Jahren widerwillig zu verwalten.“ Faesers ideologische Motivation gipfelt nun vorläufig in einer kaum mehr kontrollierbaren Zahl an Einbürgerungen.

Begründet werden kann dieser Anstieg weiterhin mit weiteren geplanten Anreizen durch die Ampel (beispielsweise dass die ursprüngliche Staatsbürgerschaft behalten werden darf) sowie mit der Tatsache, dass das Erwerben des deutschen Passes meist keine Hürde für die Bewerber darstellt.

Beispiele hierfür sind zum einen sogenannte „Ermessenseinbürgerungen“, bei denen die deutsche Staatsbürgerschaft nach „Ermessen“ ausgehändigt werden kann (2021 war dies immerhin bei über 25 Prozent der Einbürgerungen der Fall), und zum anderen die fehlenden Herausforderungen bei Einbürgerungstests. So sind alle Fragen und die dazugehörigen Antworten im Internet einsehbar. Außerdem werden Fragen wie die folgende gestellt: „*Welches Recht gehört zu den Grundrechten in Deutschland?*“ Auszuwählen ist die richtige Antwort aus diesen: „*Waffenbesitz, Faustrecht, Meinungsfreiheit oder Selbstjustiz*“.

AfD kämpft für „Aufrechterhaltung des Rechts (...) und Vertretung des Primats deutscher Interessen“

Dass die Zustände rund um die Einbürgerung untragbar sind, kritisiert die AfD schon seit langem. Gottfried Curio, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, hält diesbezüglich in einer Pressemitteilung fest: „*Aufrechterhaltung des Rechts (...) und Vertretung des Primats deutscher Interessen bei Gestaltung der Qualität von Zuwanderung findet sich in diesem Rahmen nur noch in der Politik der AfD-Fraktion.*“

Später führt der 61-Jährige ferner aus, dass sich die AfD für die Beibehaltung des geltenden Einwanderungsrechts stark macht und dessen Unterhöhlung durch die Ampel zu verhindern versucht. Die „geplante hyperliberale Vergabepaxis bei Aufenthaltsgenehmigungen und Zuerkennung von Staatsbürgerschaften“ lehnt die Bürgerpartei mit Vehemenz ab.

EVALUATION: CORONA- MASSNAHMEN WIRKUNGSLOS!



Der lange erwartete Evaluationsbericht zu den verordneten Corona-Maßnahmen wird zum Debakel für die vergangene Bundesregierung, den ehemaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und seinen Nachfolger Karl Lauterbach (SPD).

Die AfD betont, dass einer erneuten Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten endgültig jede Rechtfertigung entzogen wurde.

Viele Maßnahmen, die die Bundesregierung gemeinsam mit der Ministerpräsidentenrunde gegen die Ausbreitung von Corona ergriff, sind nahezu wirkungslos verpufft.

Zu diesem Ergebnis kommt der Bericht einer Expertenkommission, die im Auftrag der Bundesregierung eine Bilanz erstellt hatte. Ins Gespräch kam die Evaluierung vor wenigen Wochen, als Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach versuchte, die Arbeit des Gremiums zu behindern.

Dieses habe, so berichtet es eine deutsche Tageszeitung, die Maßnahmen sogar noch kritischer bewertet als bislang veröffentlicht.

Doch hatten viele der Experten die Maßnahmen der vergangenen Jahre selbst empfohlen und mitgetragen, weshalb der Bericht im Ergebnis wohl etwas unkritischer ausfiel.

2G, 3G, Lockdown: Einschränkungen in keinem Verhältnis zum Nutzen

Sogenannte 2G- und 3G-Regeln, mit denen ungeimpfte Personen aus dem öffentlichen Leben herausgehalten werden sollten und von der Regierung als Allheilmittel betrachtet wurden, werden vom Expertengremium im Nachhinein sehr kritisch beurteilt.

Da der Eigenschutz nach einer Infektion oder Impfung nur wenige Wochen anhalte, seien die Verordnungen medizinisch fragwürdig.

Und auch Lockdowns erhalten fast ausschließlich eine negative Bewertung, da die drastische Einschränkung der Freiheitsrechte mit fortlaufender Zeit mit negativen Folgen wie der Steigerung häuslicher Gewalt, schwerer Belastung der Psyche und existenziellen Nöten einhergehe.

Die bislang noch immer in Zügen und Bussen geltende Maskenpflicht erhält ebenso ein schlechtes Zeugnis. Es sei „nicht abschließend geklärt, wie groß der Schutzeffekt von Masken in der täglichen Praxis“ ist. Zudem kommen die Experten zum wichtigen Schluss, dass Kinder und Jugendliche bezüglich der Ausbreitung von Corona keine herausragende Stellung besitzen. Das scheinbar höhere Infektionsgeschehen sei auf die vielen anlasslosen Tests in Schulen zurückzuführen. Problematisch dabei ist, dass die Schulschließungen im vergangenen Jahr genau mit der nun widerlegten Erklärung begründet wurden.

AfD: Corona-Politik der Regierung desaströs - Maßnahmen nicht wieder einführen

Vertreter der AfD haben die Evaluierungsergebnisse kommentiert und sehen sich in ihrer kritischen Haltung gegenüber den Maßnahmen bestätigt. Die Fraktions- und Parteichefs Tino Chrupalla und Alice Weidel erklärten in einer gemeinsamen Pressemitteilung, dass der Regierung nun die Rechtfertigung für jedwede neue Eingriffe fehle.

„Nach zweieinhalb Jahren Pandemie steht die Regierung nun vor einem coronapolitischen Scherbenhaufen: Die desaströsen Evaluierungsergebnisse des Sachverständigenrates bestätigen im Nachhinein die Kritik der AfD-Bundestagsfraktion an den unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen der Regierung“, so das Führungsduo der Bürgerpartei.

Hart ins Gericht gehen die Spitzenvertreter mit Ex-Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Neu-Kanzler Olaf Scholz (SPD), die mit *„ihrer völlig intransparenten Maßnahmenpolitik die Axt an unsere rechtsstaatliche Ordnung und unsere Freiheit gelegt – und gewaltige wirtschaftliche und gesundheitliche Kollateralschäden verursacht“* hätten.

Es sei nun geboten, dass die Gesundheitsministerkonferenz nicht erneut für massive Grundrechtseinschränkungen plädiere, da für „eine erneute Einschränkung von Grundrechten der Regierung jegliche rationale und verfassungskonforme Rechtfertigung“ fehle.

Die Corona-Maßnahmen und Freiheitseinschränkungen müssten nun endlich der Vergangenheit angehören, so die Vorsitzenden zum Ende.

Sebastian Münzenmaier
Alle Reden & Videos
bei YouTube:

youtube.com/SebastianMünzenmaierMdB





AfD-FRAKTIONSFILM TEURO TOTAL

Deutschland befindet sich in der stärksten Inflation seit über dreißig Jahren. Die Energie wird mittlerweile immer unbezahlbarer, Wocheneinkäufe von Lebensmitteln bewegen sich schnell im dreistelligen Bereich.

Die Antworten der Ampel-Regierung sind kümmerliche Einmalzahlungen, die kein Problem lösen.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat Anfang Juli einen aufwendig produzierten Film in einem Berliner Kino präsentiert, in dem Bürger zu Wort kommen und Lösungsansätze gegen die galoppierende Inflation aufgezeigt werden.

„Die eigenen Bürger werden im Stich gelassen“, „Menschen im eigenen Land sind vergessen worden“, „Alles wird teurer“.

Diese und ähnliche Sätze ziehen sich durch die gesamte Länge des Films „Teuro Total“, den die AfD-Bundestagsfraktion selbstständig produziert hat und der am 5. Juli in einem Berliner Kino Premiere feierte. In dem Streifen werden normale Bürger zu ihren Problemen in Inflationszeiten befragt und Experten aus der Politik um Antworten gebeten. So fasst schon zu Beginn des Films Peter Boehringer, Haushaltspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, zusammen, dass die Inflation „das Asozialste ist, was es gibt!“

Gerade der einfache Bürger sei von den Preissteigerungen in allen Bereichen betroffen, wobei der Staat der Hauptprofiteur dieser Entwicklungen sei. Steigerungen der Steuereinnahmen um 20 Prozent sind schon Realität, so Boehringer, der zudem auf die Umverteilung auf europäischer Ebene hinweist und als Profiteure die Südstaaten identifiziert.

Pfandflaschen sammeln trotz 40-Stunden-Job

Ganz im Gegensatz dazu sieht es bei Manuela Hensch, Oliver Wagner und Jacqueline Grebert derzeit düster in der Kasse aus. Alle drei haben sich vor die Kamera gewagt und berichten von den immer schwierigeren Verhältnissen in Zeiten explodierender Preise. Taxifahrerin Hensch aus Eberswalde (Brandenburg) macht sich Gedanken um ihre Rente und weiß nicht, ob sie sich in Zukunft noch eine Wohnung leisten kann. Küchenleiter Wagner berichtet von gerade einmal 300 Euro, die trotz einer 40-Stunden-Arbeitswoche am Ende des Monats übrig bleiben.

Fast verschämt berichtet der Garmisch-Patenkirchner, dass er nun Pfandflaschen sammelt. Anders käme er kaum über die Runden. Jacqueline Grebert erzählt von ihrem bewegenden Schicksal: Die gutverdienende Game-Producerin musste nach einem schweren Unfall in Frührente: „*Deutschland hat helfen gelernt*“, so die Wiesbadenerin, doch die Menschen im eigenen Land sind vergessen worden.

Die Lebensleistung spiegele sich keinesfalls in der Rente wider, berichtet die Frau. Einen Wunsch äußert Grebert ganz konkret an die Politik:

Vergesst uns nicht, wir sind auch Teil der Gesellschaft.

Auch Kay Gottschalk als finanzpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion und René Springer als zuständiger Abgeordneter für Arbeit und Soziales kommen ausführlich zu Wort.

Die Inflation sei der „*Brandsatz, der in die ohnehin schwierige Situation geworfen wird*“, erklärt Springer. Arbeiter würden teilweise weniger Geld erhalten als Sozialhilfeempfänger: Arbeit müsse sich endlich wieder lohnen! Das findet auch Gottschalk. Ganz klar ist für beide: Die Politik muss sich endlich wieder an den Interessen der Deutschen ausrichten und weniger an den Bedürfnissen der ganzen Welt.

Die AfD setzt den Mittelstand ins Zentrum ihrer Politik, fordert umfassende Steuererleichterungen und eine Senkung der Sozialabgaben. Springer fasst an einer Stelle des Films passend zusammen: „*Die Belastung der Arbeitnehmer ist einfach zu groß!*“ Arbeit muss belohnt und nicht bestraft werden.

Das letzte Wort des Films obliegt einem der vorgestellten Bürger, dem Küchenleiter Oliver Wagner. Die Politik, so Wagner, müsse endlich wieder ans arbeitende Volk denken. Arbeit muss endlich wieder belohnt und nicht bestraft werden. Mit einem Kameraschweif über eine schöne Patenkirchner Wiese endet der 45-minütige Film, der Zuschauern noch einmal vor Augen führt, wie ernst die Lage in Deutschland ist. Endlich kommen einfache Bürger zu Wort, die von der Politik so gerne vergessen werden. Und ihre geäußerten Sorgen sind die Sorgen von Millionen. Ein sehenswerter Streifen!

Der Film kann hier auf YouTube angesehen werden:





Realpolitiker aller Lager, vereinigt euch!

Deutschland ist eine grüne Republik geworden, ohne dass die Grünen jemals über 20 Prozent bundesweit geholt haben. Das liegt am grünen Erfolgsgang, der auf mehreren Ebenen fährt. Die Partei Bündnis90/Die Grünen ist dabei der Mittelpunkt. Um diese Partei herum existiert ein vielfältiges „Vorfeld“.

Stiftungen, Zeitungen, Magazine, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Intellektuelle, aktivistische Jugendgruppen und vieles mehr. All diese Akteure wirken auf ihrem je eigenen Feld mit den je eigenen Methoden, die dort notwendig erscheinen.

Die Grünen sind demnach deshalb so erfolgreich bei ihrer Umgestaltung der Republik, weil sie ein professionelles und arbeitsteiliges „Mosaik“ darstellen. Der Chemnitzer Politikwissenschaftler Benedikt Kaiser (geboren 1987) meint: Das darf nicht nur bei den Grünen (und Linken) eine Erfolgsstory sein. Im Gegenteil:

Das patriotische Lager müsse vom Gegner lernen und eigene Strategien entwickeln. Wie das gehen soll, verrät er in seinem neuen Büchlein „Die Partei und ihr Vorfeld“, das in der konservativen Basis-Reihe „kaplaken“ im Verlag Antaios erschienen ist.



Kaiser hat damit kein „ideologisches“ Buch vorgelegt, sondern ein strategisches. Wie sieht die Zusammenarbeit der Alternative für Deutschland mit patriotischen Gruppen aller Art (vergleiche die grüne Realität) aus? Wo kann man positive Beispiele finden? Wie lassen sich die negativen Beispiele korrigieren? Geht das überhaupt? Und: Was müsste geschehen „rechts der Mitte“, dass sich ein vielfältiges „Mosaik“ patriotischer Gegenmacht bildet, das den Herausforderungen kommender Krisen – vom eskalierten „Kampf gegen rechts“ bis zum nahenden Energiechaos – begegnen kann?

Kaiser legt mehr als nur einmal den Finger in die Wunde. Er spart nicht mit Kritik, so manches Mal muss man schlucken, wenn er konkrete Beispiele aus der patriotischen Praxis anführt, die so ganz und gar nicht vorbildhaft wirken. Aber: Da muss man durch. „Schulterklopper“ und „Ja-Sager“ gibt es genug.

Aber auch ewige Nörgler und notorische Querulanten gibt es reichlich. Daher wählt Kaiser seinen eigenen Weg – jenen der konstruktiven Kritik. Gewiss: Er schießt bisweilen scharf. Aber niemals einfach so, sondern immer mit dem Fokus auf Verbesserungen. Dabei tut es gut, dass der Autor nicht altväterisch oder arrogant daherkommt, sondern den Leser „mitnimmt“ und geduldig die Strategie der Professionalisierung und Arbeitsteilung im patriotischen Lager skizziert.

Manche Akteure der AfD werden dem Buchlein kritisch gegenüberstehen. Andere sind begeistert und reichen es ihren Parteifreunden weiter. So oder so:

Man kommt nicht umhin, sich damit auseinanderzusetzen. Es geht um die Zukunft der Partei, um die Zukunft ihres Vorfeldes und letztlich immer um Deutschland. Wer für unsere politischen Zusammenhänge trotz aller Krisen eine sattelfeste Strategie sucht, wird bei Kaiser fündig.

Die Partei und ihr Vorfeld von Benedikt Kaiser

**104 Seiten, gebunden,
Reihe Kaplaken (Bd. 81)
ISBN: 9783949041815 , 10,00€.**

**Verlag Antaios
antaios.de**

**Bestellbar auch bei Jungeuropa:
www.jungeuropa.de**



Ein Zehner für
Deutschland!



10er-fuer-deutschland.de

Alternative
für
Deutschland



Kampagne

Ein Zehner für Deutschland

Es ist Zeit, trotz und gerade wegen der medialen Unkenrufe in die Offensive zu gehen und möglichst vielen Bürgern die Augen über uns als einzig echte Oppositionspartei zu öffnen. Unser Land bewegt sich aufgrund der desaströsen Altparteienpolitik in eine gewaltige Krise und es drohen im Falle von sich verschärfenden Versorgungsengpässen der totale Kollaps unserer Wirtschaft und die Verarmung unserer Gesellschaft.

Dem wollen wir nicht tatenlos zusehen und werben diesen Sommer um weitere Unterstützer. Wir müssen noch viel mehr werden, damit unsere Stimme in Mainz und Berlin nicht mehr ignoriert werden kann.

Die AfD Rheinland-Pfalz startet daher die Kampagne „Ein Zehner für Deutschland“. Ziel ist es, neue Mitglieder und Förderer für unsere Bürgerpartei zu gewinnen. Nur eine starke AfD kann die politischen Verhältnisse in diesem Land verändern.

Mehr Infos zur Kampagne findet Ihr unter: www.10er-fuer-deutschland.de

Helft mit, Förderer und Mitglieder unserer Alternative für Deutschland zu gewinnen. Jeder ist gefragt! Auf der genannten Homepage findet Ihr alle Informationen. Teilt die Seite in den sozialen Netzwerken und macht Werbung in Eurem Bekanntenkreis.

Gemeinsam können wir etwas verändern!



Kreuzworträtsel

1. Die neue Bundesvorsitzende der AfD heißt?
2. In welcher Stadt fand der diesjährige Bundesparteitag der AfD statt?
3. Welcher Bundesminister spricht sich für eine Klimaabgabe für Verbrenner aus?
4. Ein Schlagerlied über diese Frau löste in linken Kreisen Empörung aus:
5. Welche Ministerpräsidentin sieht keinen Grund, sich für das Verhalten in der Flutnacht im Ahrtal zu entschuldigen?
6. Diese Berufsgruppe protestierte in den Niederlanden und in Deutschland:
7. Diese Grünen-Abgeordnete beantwortete keine einzige Bürgerfrage:
8. Christan Dürr, Fraktionschef, forderte eine massive Ausweitung der Migration nach Deutschland. In welcher Partei ist er?
9. Die neue Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes heißt:
10. Diese Quote will die CDU auf ihrem nächsten Parteitag beschließen:
11. Gegen diesen Ex-Kanzler siegte die AfD kürzlich vor Gericht:
12. Eine große Enttäuschung an der Zapfsäule war für viele Bürger der ...?
13. Diese Ministerin nahm ihren Sohn oft im Regierungsflieger mit:
14. Der Weiterbetrieb dieser Energiegewinnungsform könnte für Entlastung am Markt sorgen:
15. Die FDP möchte dieses Modell neben der klassischen Ehe gesetzlich verankern:

1. WEIDEL | 2. RIESA | 3. HABECK | 4. LAYLA | 5. DREYER | 6. BAUERN | 7. FESTER | 8. FDP | 9. ATAMAN | 10. FRAUENQUOTE | 11. MERKEL | 12. TANKRABATT | 13. LAMBRECHT | 14. KERNENERGIE | 15. VERANTWORTUNGSGEMEINSCHAFT

Kontakt & Info



Meine Arbeit vor Ort

Neben meiner Tätigkeit als Abgeordneter in Berlin versuche ich natürlich auch so oft wie möglich in meinem Wahlkreis Mainz und ganz Rheinland-Pfalz zu sein, um mein Ohr stets beim Bürger vor Ort zu haben. Als „Exilpfälzer“ unterhalte ich bisher ein Abgeordnetenbüro in Pirmasens, ein weiteres Büro im Zentrum Rheinhessen in Mainz.

Sie erreichen mein Wahlkreisbüro in Pirmasens unter folgender Adresse:

Abgeordnetenbüro Sebastian Münzenmaier
Kaiserstraße 2a
66955 Pirmasens
sebastian.muenzenmaier.ma04@bundestag.de

Gerne können Sie mit meinem Büroleiter in Pirmasens, Herrn Ferdinand Weber, Sprechstundentermine unter oben genannter E-Mail-Adresse vereinbaren – wir freuen uns auf Sie und Ihre Ideen!

Kontakt für Mainz und Umgebung:

Natürlich stehe ich Ihnen auch in Mainz und Umgebung für Bürgersprechstunden, Anregungen und Ideen zur Verfügung, bitte vereinbaren Sie mit Herrn Stephan Stritter unter: sebastian.muenzenmaier.ma03@bundestag.de einen Termin.

IMPRESSUM:

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Sebastian Münzenmaier,
Mitglied des Bundestages
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

Druck & Verlag:

Eigenverlag (E.i.S.)
Sebastian Münzenmaier
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin



www.muenzenmaiers-magazin.de